

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 115.

Dienstag, den 21. Mai 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Die hohen Getreidepreise.

Die Getreidepreise, vor allem auch der des Roggen, sind in den letzten Wochen in einem Grade gestiegen, der eine ganz wesentliche Verteuerung des Brotes zur Folge haben muß. Über die Tatsache, daß die Preise anormal gestiegen sind und der Roggenpreis eine ungewöhnliche Höhe erreicht hat, wird nicht mehr gestritten. Das wäre auch vergeblich. Um so lebhafter streitet man sich über die Ursachen der ungewöhnlichen Erscheinung. Als Hauptursache muß die ungünstige Roggenernte der beiden letzten Jahre angesehen werden. Betrug doch die Westroggenernte 1901 noch 416,82 Millionen Doppelzentner, dagegen 1905 nur 395,36 und 1906 gar nur 382,31 Millionen. Ein solcher Ausfall zweier Jahre kann auf die Preisgestaltung nicht ohne Einfluß bleiben. Für die beiden Hauptroggenländer stellte sich der Ertrag in den genannten letzten 3 Jahren wie folgt:

	Millionen Doppelzentner	1904	1905	1906
Deutschland	100,61	96,01	96,26	
Rußland	218,16	190,31	177,—	

Rußland, das erste Roggenexportland, von dem Deutschland sonst immer große Mengen Roggen beziehen konnte, ist zurzeit genötigt, für gewisse Hungerdistrikte Brotgetreide einzuführen, so daß seine Ausfuhr sehr knapp ist. Deutschland hat aber selbst nur geringe Vorräte, so daß zwischen Angebot und Nachfrage eine starke Spannung eintreten mußte. Die für den Konsum nachteilige Gestaltung der Preise verschärfte sich aber in den letzten Tagen noch ganz bedeutend deshalb, weil die Aprilsaatenstandsberichte für Getreide ungünstig ausfielen. Die Ernteausichten wurden herabgestimmt und die Preise konnten daraufhin in ganz kurzer Zeit weiter steigen. Diese beiden Ursachen erklären in der Hauptsache die ungewöhnliche Höhe der gegenwärtigen Getreidepreise.

Daß dazu noch andere Momente kommen, kann nicht bestritten werden, aber die genannten bilden die Voraussetzung, daß die anderen Ursachen wirksam werden können. So wirken die Getreidezölle gerade jetzt mit voller Wucht auf die Preisgestaltung ein, weil eben am Weltmarkt überaus große Knappheit an Ware besteht. Aber mit dieser Wirkung wäre noch nicht die volle Schärfe der Preisbewegung erklärt. Durch die Gewährung von Einfuhrscheiden auf exportiertes Getreide sind Handelsoperationen möglich, die dem Deutschen die Ware noch mehr verteuern müssen. Früher wurden Einfuhrscheine dann gewährt, wenn eingeführtes Getreide wieder exportiert worden war. Zurzeit kann für jedes Quantum exportiertes Getreide die Vergünstigung der Einfuhrscheine in Anspruch genommen werden. Rußland bezieht in diesem Erntejahre relativ viel Roggen, namentlich für seine nördlichen Gouvernements. Deutschland exportiert also, exportiert in einem so starken Maße, daß im Inland Knappheit entsteht, so daß wieder importiert werden muß. Die am Getreidehandel Beteiligten verfahren nun in der Weise: Sie exportieren und lassen die Preise erst ansteigen, kaufen dann in Rußland Roggen zu Einfuhrpreisen und erhalten für die eingeführten Mengen die Einfuhrscheine; d. h. sie brauchen für dieses Quantum keinen Zoll zu bezahlen.

Da aber im Inland der Preis schon über dem Weltmarktniveau steht und Deutschland selbst Ware dringend braucht, können diese Importeure den Roggen zu einem Preise absetzen, der höher als der Weltmarktpreis ist. Die Differenz zwischen Weltmarktpreis und Inlandspreis bildet den Gewinn der an diesen Handelsoperationen Beteiligten. Bei einer Preisgestaltung wie der gegenwärtigen wird so der Reichskasse ein Teil der Zollentnahmen entzogen, die Konsumenten müssen aber Preise bezahlen, als ob die Zölle entrichtet wären, während die am Getreidehandel Beteiligten durch die Einrichtung der Einfuhrscheine die gewinnbringendsten Geschäfte machen. Dieser Art der Ausnutzung der Getreideknappheit am Inlandsmarkt muß so bald wie möglich ein Ende gemacht werden; denn diese Geschäfte haben einen ausgesprochenen Charakter.

Hier gilt es einzufügen und so schnell wie möglich eine Milderung herbeizuführen. Außer den genannten Ursachen, die zu der überaus heftigen Preissteigerung führten, ist noch ein Umstand zu nennen, der für die ganze Preisbewegung nicht gleichgültig sein kann. Die landwirtschaftliche Marktzeitung weist mit Recht auf die ungenügende statistische Berichterstattung über Ernte und Versorgung hin. Sie sagt ganz mit Recht: „Hätten wir eine Bewegungs- und Vorratsstatistik für Getreide gehabt, hätten wir die Symptome der kommenden Entwicklung schon lange vorher erkennen und uns dagegen wappnen

können... Wir hätten dann die jegliche Warenknappheit rechtzeitig vorausgesehen, infolgedessen wären die Preise schon früher etwas gestiegen, dadurch Ware von allen Seiten herangezogen und so die heutigen übertrieben hohen Preise vermieden worden.“ Zweifellos würde eine rechtzeitige Kenntnis der vorhandenen Vorräte die jeglichen Ausschreitungen haben verhindern können, vorausgesetzt, daß die Ausnutzung der Einrichtung der Einfuhrscheine in der oben gekennzeichneten Weise unmöglich gemacht worden wäre. Lebensfalls aber kann man sich dem Verlangen nach einer guten statistischen Berichterstattung über die Getreideversorgung des deutschen Marktes nur anschließen.

Wie lange die Getreidehauffe anhalten wird, hängt ganz von der Gestaltung der diesjährigen Ernte ab. Es ist anzunehmen, daß seit Ende April die Saaten sich wesentlich gebessert haben, da die Witterung gründlich umgeschlagen ist. Freilich, eine lange Dauer der jetzigen Temperatur ohne Niederschläge muß auf die Vegetation ebenso nachteilig wirken wie die dem Wachstum hinderliche Witterung bis Ende April. So hängt schließlich die Grundtendenz der Preisbewegung vom Wetter ab; aber der Grad, in dem die Grundtendenz der Preisbewegung von den interessierten Kreisen ausgenutzt werden kann, läßt sich durch wirtschaftspolitische Maßnahmen mehr oder weniger beeinflussen. Wenn diese Ausnutzung zurzeit zu einem unerträglichen Preisniveau führt, dann muß die staatliche Macht zum Einschreiten gegen die Preistreiberen veranlaßt werden.

## Worte und Taten.

An arbeiterfeindlichen Worten hat es der neue Reichstag, namentlich in den sozialpolitischen Debatten, wahrlich nicht fehlen lassen. Von allen Parteien ist es als eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben anerkannt worden, daß die bereits geradezu unhaltbar gewordenen Mißstände bei der Ausbeutung der Arbeiter durch den Ausbau unserer Arbeiterschutzgesetzgebung endlich beseitigt werden. Dem stimmten auch die Vertreter der verbündeten Regierungen zu und beeilten sich, der Welt zu verkünden, daß sie schon mehrere Gesetzentwürfe auf Lager haben, durch welche die berechtigten Wünsche der Arbeiter erfüllt werden sollen.

Wie bereits berichtet, ist inzwischen die erste Serie dieser Regierungsvorlagen dem Reichstage zugegangen. Es sind das die Gesetzentwürfe zur Beseitigung der Mißstände in der Zigarren-Hausindustrie, zur Einführung des sogenannten „kleinen“ Befähigungsnachweises, und zur Sicherung der Bauforderungen. Diese Vorlagen beziehen sich in der Tat auf sehr wichtige und dringende Arbeiterforderungen. Um so bezeichnender ist es, daß die Gesetzentwürfe durchweg die Arbeiter aufs bitterste enttäuschen müssen. Das gilt nicht nur für die Einzelheiten der vorgeschlagenen Gesetze, sondern auch für die Entwürfe als Ganzes.

Zunächst der „Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Herstellung von Zigarren in der Hausarbeit“. Der Entwurf begnügt sich mit einigen Vorschriften bezüglich der Arbeitsräume und der Beschäftigung von Kindern und jungen Leuten. Unter anderem sollen die Arbeiter gesunde, geräumige, helle und luftige Wohnungen mieten. Nun wird aber die Zigarrenarbeit vielfach auf dem Lande betrieben. Hier ist es — abgesehen davon, wie diese ganz besonders gedrückten Arbeiter die höhere Miete für bessere Wohnungen aufbringen sollen — nur zu oft schon deshalb den Arbeitern einfach unmöglich, eine den Vorschriften des Gesetzes entsprechende Wohnung zu mieten, weil solche garnicht in der nötigen Zahl vorhanden sind, und sich nicht so leicht ein Unternehmer findet, der sie auf sein Risiko bauen wird. Damit haben auch offenbar die verbündeten Regierungen gerechnet. Denn nach dem Entwurf können für die Zeit bis zum 1. Januar 1913 für die zur Zeit des Erlasses dieses Gesetzes bestehenden Werkstätten **Ausnahmen** von den Vorschriften bezüglich der Größe, Lage und Einrichtung der Arbeitsräume zugelassen werden. Nach Ablauf der Übergangszeit aber werden die Vorschriften des Gesetzes genau so unbrauchbar sein wie jetzt, wenn nicht inzwischen für bessere Arbeitsräume gesorgt worden ist. Von einer solchen Fürsorge jedoch ist nicht die Rede — alles bleibt in dieser Beziehung dem „guten Herzen“ der Zigarrenfabrikanten überlassen, die ein Interesse daran haben, die elenden Zustände in der Hausindustrie mit Rücksicht auf die dabei üblichen und nur so möglichen niedrigen Arbeitslöhne recht lange noch zu erhalten.

Hier kann nur die gänzliche Ersetzung der Heimarbeit durch Betriebswerkstätten helfen. Kein neuer Hausbetrieb sollte mehr zugelassen und die alten nach und nach aufgelöst werden.

In der Begründung zu dem Gesetzentwurf, durch den der „kleine Befähigungsnachweis“ eingeführt, also die Befugnis zur Ausbildung von Lehrlingen auch noch von

dem Meistertitel abhängig gemacht werden soll, wird langschweifig zu beweisen versucht, daß durch diese Maßnahme auf eine bessere Ausbildung der Lehrlinge im Handwerk hingewirkt werde. Ein Handwerksmeister, welcher in Zukunft einen Lehrling ausbilden will, muß nach dem neuen Gesetz den üblichen Erziehungsgang des ordentlichen Handwerkers von Anfang bis zu Ende, vom Eintritt in die Lehre bis zur Ablegung der Meisterprüfung, durchgemacht haben. Auf diese Weise werde dafür gesorgt, daß der Lehrmeister wirklich befähigt zur Erziehung der Lehrlinge sei, und zwar nicht nur zur Erziehung der Lehrlinge in dem gelerntem Handwerk, sondern auch in jedem anderen Handwerk, in das er später hineingekommen ist. In Wahrheit aber kann ein Handwerker die von ihm verlangten Prüfungen sehr gut bestanden haben und braucht doch noch nicht ein guter Erzieher zu sein, zumal in einem Handwerk, das er gar nicht gelernt hat und in dem er auch nicht geprüft worden ist. Aber dies sind sehr viele Handwerker, die nach ihrem Charakter, nach ihrer Ausbildung und nach ihren Fähigkeiten zur Ausbildung von Lehrlingen ganz gut geeignet wären, nicht mehr Umstände, ihren Lehrlingen die erforderliche Ausbildung zu teil werden zu lassen, weil sie selbst viel zu schwer gegen die Konkurrenz zu kämpfen haben, und ihr Betrieb nicht mehr den Bedürfnissen unserer Zeit entspricht. Deshalb hat der „kleine Befähigungsnachweis“ nicht das Geringste mit der Verbesserung der Lehrlingausbildung zu tun, sondern dient einzig und allein dazu, den Innungen eine größere Bedeutung zu geben und dadurch den Innungsrummel zu fördern.

Bei der Sicherung der Bauforderungen kommt es für die Bauarbeiter darauf an, daß ihnen ihr sauer verdienter Arbeitslohn gegenüber den Betrügereien gewissenloser Zwischenunternehmer (Strohänner) gesichert werde. Der Regierungsentwurf sieht das — selbstverständlich wieder in ungenügendem Maße — nur für diejenigen Bauarbeiter vor, die von den Bauherren selbst beschäftigt werden. Dies ist aber nur bei einem kleinen Teil der Bauarbeiter der Fall. Meistens stehen die Bauarbeiter nicht bei dem Bauherren selbst, sondern bei einem Bauunternehmer, Handwerksmeister usw. in Arbeit. Die Lohnforderungen dieser Bauarbeiter sollen nach dem Entwurf nur dann geschützt werden, wenn dem Eigentümer der Baustelle bekannt oder nur infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt war, daß dem Unternehmer die zu der Herstellung des Gebäudes erforderlichen Mittel nicht zu Gebote standen, oder daß dieser nicht die Absicht hatte, die aus der Herstellung für ihn erwachsenden Verbindlichkeiten in vollem Umfange zu erfüllen. In solchen Fällen besteht jedoch schon jetzt nach den Grundsätzen des bürgerlichen Gesetzbuches für den Bauherren die Verpflichtung zum vollen Schadenersatz an die Bauarbeiter. Der Mißstand ist nur der, daß trotzdem schwere Schädigungen der Bauarbeiter durch Bauwindler vorkommen. Der Regierungsentwurf geht hierauf nicht ein, dagegen hat er die alten, ungenügenden Bestimmungen übernommen, die jetzt als eine sozialpolitische Großtat für die Arbeiter herausgehupelt werden.

So sehen die arbeiterfeindlichen Taten aus, welche die verbündeten Regierungen dem neuen Reichstage zumuten, und die von den bürgerlichen Parteien als erfreuliche Fortschritte begrüßt werden. In Wahrheit bestätigen sie nur die alte Erfahrung, daß die bürgerliche Sozialpolitik selbst bei dem besten Willen der bürgerlichen Arbeiterfreunde nicht fähig ist, auch nur die schlimmsten Mißstände zu beseitigen. Um so mehr ist es die Pflicht der Arbeiter, ihre politischen und gewerkschaftlichen Organisationen mehr und mehr zu stärken, damit durch deren Druck die bürgerlichen Parteien gezwungen werden, die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge anzunehmen.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Preussische Germanisierungspolitik. Die „Post-Rorr.“ gibt folgende Übersicht über die Opfer des Schulstreiks: Als erste Opfer fielen im Wege von Verordnungen im Dienstaufsichtswege 250 Gemeindevorsteher und Schöffen, die ihres Amtes entsetzt wurden. Unter diesen befinden sich 65 Geistliche. In den Provinzen Posen und Westpreußen sind wegen des Schulstreiks insgesamt 85 Geistliche zu 20 Monaten Gefängnis und Festungshaft verurteilt worden. Die verhängten Geldstrafen gegen dieselben betragen 8350 Mark. Gegen 20 Geistliche schweben noch Verfahren. Die gegen die polnischen Redakteure wegen des Schulstreiks erkannten Geldstrafen beziffern sich auf nicht weniger als 18 540 Mk., sowie auf 45 Monate Gefängnis. Außerdem wurden gegen 1450 Personen wegen Schulverweigerung ihrer Kinder Strafmandate in Höhe von annähernd

18 000 Mk. erlassen. Privatpersonen wurden wegen der mit dem Schulstreik in Verbindung stehender Delikte zu insgesamt 6 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Abgesehen von den erheblichen Gerichtskosten hat der Schulstreik den daran beteiligten Personen etwa 31 000 Mark Geldstrafen und zwölf Jahre Freiheitsstrafen eingebracht. — Daß dadurch die widerspenstigen polnischen Elemente dem Deutschland gewonnen worden seien, werden sich selbst unsere willkürlichen Hahatisten nicht einbilden!

**Feiertags-Ordnung für unsere Kolonien.** „Man muß die Feste feiern wie sie fallen“ oder wie die hohe Obrigkeit sie festsetzt. Bisher hatten in unseren gesegneten Kolonien über die Festsetzung der allgemeinen Feiertage die einzelnen Gouvernements nach eigenem Ermessen Bestimmungen getroffen. Man wird sich erinnern, daß im Sommer 1905 in Kamerun der Geh. Reg.-Rat Obermaier die zweiten Feiertage einfach durch einen Rundschreiben abschaffte. Jetzt hat der Reichskanzler, betreffend die allgemeinen Feiertage, für sämtliche Schutzgebiete verordnet, daß als solche allgemeine Feiertage vom 1. Oktober 1907 ab gelten sollen der Neujahrstag, der Karfreitag, der erste und zweite Ostertag, der Himmelfahrtstag, der erste und zweite Pfingsttag, der erste und zweite Weihnachtstag, sowie außerdem der Geburtstag des Deutschen Kaisers. — Weshalb nicht auch der Geburtstag der Kolonialregierung Dornburg? Denn der ist's doch, auf dem jetzt alle Hoffnung der Kolonialpolitiker ruht.

**Aus dem Staate der „vollendetsten Rechts-garantien!“** Eine frühere Leipziger Prostituierte hatte in der Nähe der Stadt Arbeit gefunden und war auf dem besten Wege, wieder in geordnete Verhältnisse zu kommen. Da begegnete ihr eines Tages ein Gendarm, der sie kannte, und sie nach seiner Instruktion aufforderte, mit ihm zur Wache zu kommen. Die M. weigerte sich jedoch mit der Begründung, sie müsse sofort nach ihrer Arbeitsstätte, die sie sonst verlieren würde. Der Gendarm nahm jedoch keine Rücksicht darauf, und suchte das Mädchen mit Gewalt zur Wache zu bringen. Er muß ziemlich dert zugespuckt haben, denn dem Mädchen wurde dabei die Bluse gehörig zerrissen. Sie beharrte jedoch bei ihrem Widerstand und warf sich zu Boden. Schließlich ging sie später gutwillig mit, als man sie auf einen — Handwagen laden wollte! Natürlich wurde das arme Mädchen noch verhaftet! Sie erhielt 14 Tage Gefängnis, wovon sieben Tage auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet wurden, in der sie sich 23 Tage befand. Der Vorsitzende, der sehr bekannte Amtsanwalt Dr. Hänel, hielt es in der Urteilsbegründung für notwendig, dem Mädchen zu attestieren, daß es eine „sittlich tief gesunkene Person“ sei. . . . So rottet der Christenstaat die Prostitution aus! So verhilft er „Gefallenen“ dazu, wieder „brav“ zu werden! Nieder mit dieser Staatsordnung!

**Wie es die Agrarier treiben.** Die Kreisordnung sichert den Agrariern das Übergewicht auf den Kreistagen. Die Städte werden dabei an die Wand gedrückt. Das Agrarierum ist jetzt stellenweise so weit, daß es nicht einmal mehr die Form aufrecht zu erhalten sucht, als ob die Städte noch irgendwo einen ihnen zukommenden Einfluß ausüben könnten. Die Stadt Sorau hat kürzlich diese Erfahrung machen müssen. Der Kreis Sorau entsendet drei Abgeordnete in den brandenburgischen Provinzial-Landtag, zu denen bisher der vor kurzem verstorbene Bürgermeister Prochnow-Sorau gehörte. Als der Kreistag nun kürzlich eine Ersatzwahl vorzunehmen hatte, wurde ein von den Vertretern der Stadt Sorau unterbreiteter Antrag, mit Rücksicht darauf, daß dem Provinziallandtag bereits zwei ländliche Vertreter aus dem Kreise angehören, das dritte Mandat der Stadt Sorau durch die Wahl des Stadtrats Trüstedt zu überlassen, von der übergroßen agrarischen Mehrheit rundweg abgelehnt. Auf Grund dieses Kreistagsbeschlusses haben nun die fünf Vertreter der Stadt Sorau im Kreistage einmütig ihre Mandate niedergelegt mit der Motivierung, daß bei der Zusammensetzung des Kreistages ein erfolgreiches Zusammenarbeiten nicht mehr möglich ist.

**Die erste Blockade.** Unter dieser Überschrift veröffentlicht Dr. H. Böttger im „Tag“ einen Artikel, der mit folgenden Sätzen schließt: „Draußen im Volke gibt man darum vorderhand wohl nicht viel auf das Gerede vom unfruchtbaren Block, zumal da man überhaupt nicht so verfallen auf neue Gesetze ist (weil man zur Gerüge weiß, wie sie aussehen! D. Red.) Nur eins versteht man nicht, daß Preußen bei dieser neuen nationalen Parteigruppierung ohne Zentrum mit so unglaublicher Fähigkeit als exterritoriales Gebiet behandelt wird, als ein Gebiet, wo Reichsrecht und Reichspolitik „sich so seggen“ haben, wo Konservative und Zentrum die schönste Nebenpaarung treiben und die hohe Regierung die Krzen bei diesen zweideutigen Unterhaltungen anzündet. Der Herr Kultusminister v. Struß und Herr Althoff sind wieder, wie es wenigstens den Anschein hat, völlig in Form; sie pfeifen auf liberal-konservative Koalition und geben, wie soeben mit dem Verbot der sexuellen Aufklärung in den höheren Schulen, wunderbare Proben ihrer rücksichtslosen Kulturauffassungen. Hier liegen meines Erachtens die verdammbaren Stellen unserer inneren Politik, an diesem Punkte muß sich bei längerem Fortreiben in bisherigen Geleise eine Fülle von Mißbehagen und Mißtrauen entwickeln, die schließlich auch die Reichspolitik und die Freude an nationaler Arbeit überhaupt gefährden und beeinträchtigen muß. Vielleicht gibt die parlamentarische Ferienpause Zeit und Muße, diese preußischen Nebenregierungen zu beseitigen und auch die Politik des Landtages in jene Sphären zu rücken, wo ohne Zentrum regiert und verwaltet werden kann. Sonst ist die erste Blockade des Reichstages geeignet, demnach ein nationales Eisenbahnunglück anzuzeigen. Die Hundstags Hoffnungen des Herrn Dr. Hugo Böttger auf Beseitigung der preußischen „Nebenregierung“ werden sicher bitterlich enttäuscht werden. Mit dem „nationalen Eisenbahnunglück“ wird's aber wohl seine Richtigkeit haben.

**Wenn man dem Teufel den kleinsten Finger gibt, nimmt er die ganze Hand.** Die Verprechtung des Eisenbahnwesens, die Reform

nach rückwärts, schreitet vorwärts, nachdem die süd-deutschen Bundesstaaten einmal dem preussischen Fiskalismus Ingeklärtheit gemacht haben. Baden hat der „berühmten“ Tarifreform zuliebe das Kilometerheft, Württemberg die billige Landeskarte geopfert, und nun kommt schon die Fortsetzung. Der Generaldirektor der badischen Staatsbahnen hat verfügt, daß auf denjenigen Strecken der badischen Bahnen, auf denen in den Personenzügen auch Wagen vierter Klasse nichtbadischer Bahnen verkehren, diese Wagen auch zur Unterbringung der Reisenden mit Fahrkarten dritter Klasse dienen sollen. Ein Zwang, in die vierte Klasse einzusteigen, darf auf badischen Stationen nicht ausgeübt werden. Reisende, die in der dritten Klasse nicht untergebracht werden können und in die vierte Klasse nicht einsteigen wollen, ist anheimzugeben, die Fahrt zu unterlassen und das Fahrgeld zurückzuverlangen, wenn eine Zugverstärkung nicht stattfindet. Das ist die verkäppelte Einführung der vierten Wagenklasse auch für Baden, denn eine Zugverstärkung wird in der Regel wohl nicht stattfinden. Auf dem eingeschlagenen Wege wird in kurzer Zeit die Einheitlichkeit des Bahnbetriebs erreicht werden. Nur wird sie nicht darin bestehen, daß die schlechtere Beförderung sich verbessert, sondern umgekehrt. In Süddeutschland haben jetzt die preussischen Markterkassen für das Proletariat ihren Einzug gehalten, und in kurzer Zeit werden sie allgemein sein.

**Die Hungersnot in Deutsch-Ostafrika** ist nach einer Darstellung der „Deutsch-Ostafrikanischen Ztg.“ vom 17. April sehr intensiv. Das Blatt schreibt:

„Die große Karawanenstrasse Dar-es-Salaam—Mogoro—Mpanza bis Kilimatinde ist für Regierungskarawanen gesperrt. Seit Monaten sind u. a. eine Anzahl Zumben im Bezirk Mogoro im Besitz von amtlichen Ausweisen, die sie von jeglicher Verpflichtung, durchreisende Karawanen mit Verpflegung zu versehen, entbindet. Die von Tabora und westlich davon kommenden Regierungskarawanen müssen, von Tabora nördlich abbiegend, über Kondoangangi marschieren. Die Beschaffung von Proviant ist jedoch nur auf der Strecke Tabora—Kondoangangi ohne besondere Schwierigkeiten möglich. Von Tabora bis an nähernd zur Küste ist die Schwierigkeit der Verpflegungsbesorgung sehr groß. Dasselbe ist auf der Karawanenstrasse Mahenge—Kifiki der Fall. Jedenfalls sind die im Monat März stattgehabten Ernten nicht so ertragreich gewesen, um den Eingeborenen außer den für ihren eigenen Unterhalt notwendigen Nahrungsmitteln noch einen Überschuss zum Verkauf an Karawanen zu bringen. Die Ursache ist wohl hauptsächlich in den der Ernte vorausgegangen trockenen Monaten zu suchen. Da aber nun auch die große Regenzeit, welche für die außerhalb des Küstengebietes gelegenen Bezirke bereits teilweise vorüber ist, nur wenig gebracht hat und zu bringen scheint, so werden wir wohl in diesem Jahre bei verschiedenen Bezirken mit außerordentlichen Nahrungsmittelschwierigkeiten zu rechnen haben, wovon in erster Linie die im Mufundahung hineingezogenen Landstriche in Mitleidenschaft gezogen werden, da den Eingeborenen dort infolge der Kriegshegen keine Ruhe und Zeit gelassen wurde, das Land zu bestellen.“

Auch solche schlimme Ereignisse gehören mit zum Kolonial-Heil. Sie beweisen sicher nichts für den vielbehaupteten „wirtschaftlichen Wert“ jener Gebiete.

## Der Streik der Holzarbeiter beendet!

Sch. Nach fünfzehnmönatlicher Dauer ist nunmehr der Holzarbeiterstreik mit großem Erfolge für die Arbeitnehmer beendet. Einen Kampf von solcher Dauer hat die Arbeiterschaft bis jetzt noch nirgends geführt. Wohl haben die Lübecker Holzarbeiter schon zwei mal, in den Jahren 1889 und 1897, einen Kampf von rund einem halben Jahre führen müssen; wohl mußten sie daher auch diesmal von Anfang an mit einem langen Kampfe rechnen, aber daß der Streik 1 1/2 Jahr anhalten würde, hat vorher niemand geglaubt. In diesem Kampfe haben die Holzarbeiter große Opfer gebracht. Jeder hat seine Kräfte voll und ganz in den Dienst der gerechten Sache gestellt. Jeder hat seinen Mann gestanden. Nein, dieser Streik war keine Wache der Leitung, wie die Arbeitgeber und die „Lüb. Anz.“ immer behaupteten; letztere verzapften sogar den Blödsinn, die Streikenden würden strenger als im Zuchthaus bewacht und müßten sich dem Zwange der „sozialdemokratischen Organisation“ fügen. Wären diese Äußerungen nur zum Teil richtig, so wäre es unmöglich gewesen, die Streikenden so lange im Kampfe zu halten. Das ist zweifellos, jeder kämpfte mit der innersten Überzeugung für seine gerechten Forderungen, für seine gerechte Sache. Eine große Anzahl Verbeirater hat ein ganzes Jahr und länger auswärtig, in Hamburg, Kiel, Hannover und in anderen Orten, fern von Frau und Kindern, gearbeitet. Die Arbeitgeber ließen kein Mittel unversucht, um diese wieder aus der Arbeit zu bringen. Noch vor kurzem war in Hamburger Blättern folgende Annonce zu lesen:

„Allen Arbeitgebern zur Kenntnis, daß sich die Tischlergesellen Lübeck's seit dem 19. Februar 1906 im Auslande befinden, und bitten wir dringend, Tischlergesellen, welche aus Lübeck kommen, nicht zu beschäftigen. Arbeitgeberverband u. Tischler-Ginnung, Lübeck, Fischstr. 19.“

So haben die Arbeitgeber bis in der letzten Zeit mit geschwinder Mitteln gearbeitet, obgleich ihnen die Polizei in weitgehendster Weise zur Seite stand. Die am Orte gebliebenen Kollegen haben in diesem Kampfe auch manchen harten Strauß ausfechten müssen. Selbst Revolver und Gummischlauch haben auf Seiten der Arbeitgeber eine Rolle gespielt. Den ganzen Winter über war man bemüht, Arbeitgeber nach hier zu bringen. Ein halbes Duzend Arbeitgeber war manchmal zu gleicher Zeit zur Werbung von nützlichen Elementen unterwegs. Wochen- und monatelang war man dieshalb in Ober-Schlesien, Berlin und an anderen Orten tätig. Die traurigste Rolle in dem ganzen Streik spielte der Arbeiter-Burlage. Dieser war fast die ganze Zeit als Streikbrecher-Agent tätig. Jetzt hat auch dieser Mensch für seine Jubelstuden von den Arbeitgebern seinen wohlverdienten Lohn, den Fußtritt, erhalten. Es ist eben eine alte Wahrheit: „Undank ist doch der Welt Lohn!“

Als aber auch selbst auf diese Weise die Streikenden nicht zu bezwingen waren, wandte man sich um Hilfe an die Hirsch-Dundersche Organisation. Die Streikbrecher wurden in dieser Gewerkschaft aufgenommen. Die Arbeitgeber schlossen dann mit diesen Leuten einen Tarif ab. Mit dem Tarif in der Hand verfluchten dann nochmals die Arbeitgeber die „Hirsche“ nach Lübeck zu locken. Obgleich die „Hirsche“

das Organ der „Hirsche“, den Vertrag lobte und darüber frohlockte, daß die Hirsche bereits in Lübeck eine große Anzahl Mitglieder hätten, so hat doch das den Arbeitgebern wenig genützt. Die Streikenden haben auch diesen Streich der H.-D. abgewehrt.

Der Kampf hat im Laufe der Zeit recht eigenartige Wandlungen durchgemacht. Am 9. August vorigen Jahres wurde der Streik von seiten der Arbeiter aufgehoben. Die Arbeitgeber glaubten schon, den Sieg in der Tasche zu haben, und setzten den Arbeitern den Fuß in den Nacken. Sie legten einen Vertragsentwurf vor, der gegenüber dem früheren Tarif wesentliche Verschlechterungen enthielt. Damit hatten die Herren sich jedoch gründlich verrechnet. Die Holzarbeiter lehnten dieses Nachwerk von Vertrag rundweg ab. Das war klar, die Holzarbeiter waren nicht besieg! Der Kampf ging darauf ungeschwächt weiter. Hätten die Arbeitgeber in ihrem Hebermut nicht einen so unverhältnißvollen Vertrag vorgelegt, dann wäre der Streik damals sicherlich beendet gewesen.

Bei den Arbeitgebern sind auch während des Streiks Änderungen eingetreten. Während sie früher dem Schutzverband der Unter-Elbe angehörten, haben sie sich in letzter Zeit dem Hirsch-Dunderschen Schutzverband für die Holzindustrie angeschlossen, demselben Verband, von dessen Vorsitzenden vor dem hiesigen Gewerbeamt als Einigungsamt im Oktober vorigen Jahres ein Arbeitgeber verächtlicher Weise sagte, daß er (Mahardt) ein bezahlter Agitator sei, der die Kieler Arbeitgeber zur Bewilligung der neunstündigen Arbeitszeit verleitet habe. Und heute stellt man sich unter den Schutz dieses bezahlten Agitators! Mit diesem Übertritt der Arbeitgeber zu dem Mahardt'schen Schutzverband kam auch der hiesige Streik vor dem Einigungsamt in Berlin mit zur Verhandlung. Der Tarif der dort zwischen den hiesigen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschlossen wurde, hat in den wichtigsten Bestimmungen folgenden Wortlaut:

„Die Arbeitszeit wird am 1. April 1908 um eine Stunde verkürzt. (Insgesamt 56 Stunden pro Woche.) Am 1. April 1909 tritt eine weitere Verkürzung um eine Stunde ein. (Insgesamt 55 Stunden pro Woche.)

Der Stundentlohn für Tischler und perfekte Maschinenarbeiter (soweit letztere gelernte Tischler oder Stellmacher sind) beträgt vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 50 bis 54 Pfg. Vom 1. April 1909 ab 52 bis 56 Pfg. Die Löhne der Drechsler werden bei der Wiederaufnahme der Arbeit um 2 Pfg. pro Stunde erhöht. Am 1. April 1908 resp. 1. April 1909 tritt dieselbe Lohnerhöhung wie bei den Tischlern ein.“

Die Vereinbarung über den Arbeitsnachweis in dem Tarif lautet:

„Nachdem die beiderseitigen Zentralvorstände sich verständigt haben, daß für die Arbeitsvermittlung im deutschen Holzgewerbe ein Regulativ ausgearbeitet werden soll, verpflichten sich die Ortsgruppen beider Verbände, dieses Regulativ bei Einführung für sich als verbindlich anzuerkennen. Bis zur Fertigstellung dieses Regulativs bleiben beide Arbeitsnachweise bestehen; es darf jedoch von keiner Seite der Arbeitsnachweis einseitig obligatorisch gemacht werden. Ebenfalls darf von keiner Seite irgendwelche Maßregelung stattfinden.“

Außerdem sieht der Tarif in anderen Punkten kleine Verbesserungen vor. Unter anderem wird für Arbeiten im Bau am Orte ein Lohnzuschlag von 3 Pfg. die Stunde gezahlt.

Die heißumstrittenste Forderung, die neunstündige Arbeitszeit, konnte zwar nicht erreicht werden; andererseits mußten aber auch die Arbeitgeber ihren Standpunkt verlaten: sie mußten wohl oder übel in eine Verkürzung der Arbeitszeit und zwei Stunden pro Woche willigen, obgleich sie früher stets erklärten von der 9 1/2stündigen Arbeitszeit nicht abgehen zu können.

Somit ist durch diesen Kampf in die bestehende Arbeitszeit in Lübeck Breche gelegt. Ja, man kann wohl behaupten, daß durch diesen Kampf die neunstündige Arbeitszeit eingeführt wird. Erklärte doch der Vorsitzende des Schutzverbandes in Berlin: „Meine Herren, ich gebe Ihnen das Versprechen, daß ich dafür eintreten werde, daß nach Ablauf dieses Tarifs (15. Februar 1910) die neunstündige Arbeitszeit in Lübeck sofort eingeführt wird.“ Dieser Erklärung wurde von Herrn Obermeister Rosenquist zugestimmt. Daher kann man wohl sagen: Die Arbeitgeber haben sich mit der neunstündigen Arbeitszeit bereits einverstanden erklärt; nur in dem gegenwärtigen Tarif sollte sie nicht aufgenommen werden.

Gegenüber dem alten Tarif ist in dem jetzigen eine Lohnerhöhung von 7 bis 11 Pfg. die Stunde vorgesehen. Wenn auch trotzdem der Lohn der Holzarbeiter noch ein niedriger ist, so ist doch eine wesentliche Lohnaufbesserung zu verzeichnen, da ja auch ferner für Arbeiten im Bau eine weitere Lohnerhöhung von 3 Pfg. die Stunde vorgesehen ist. Auch in der Frage des Arbeitsnachweises müssen die Arbeitgeber ihren Standpunkt verlaten. Davon, daß einzig und allein der Nachweis der Arbeitgeber anerkannt werden soll, kann jetzt nicht mehr geredet werden; vielmehr hat man sich mit einem paritätischen Nachweis einverstanden erklärt. Wenn auch vor der Hand beide Arbeitsnachweise, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbestehen bleiben, so kann doch darüber kein Zweifel mehr obwalten, daß das Regulativ, welches die beiden Zentralvorstände über die Arbeitsvermittlung ausarbeiten, nur einen paritätischen Nachweis enthalten kann.

Weiter ist erreicht, daß endlich einmal die Organisation der Holzarbeiter von den Arbeitgebern anerkannt ist. Der frühere Tarif war vom Gesellenausschuß unterzeichnet, während der jetzige von den Vorsitzenden des Holzarbeiter-Verbandes unterzeichnet ist. Unsere zünftlerischen Meister wollten allerdings die Verhandlungen vor dem Streik zunächst nur mit dem Gesellenausschuß führen.

Zwar hat man dann gestattet, daß die Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes mit verhandeln konnten, aber direkt als solche anerkannt hat man sie nicht. Noch im August vorigen Jahres lehnten die Arbeitgeber es ab, mit dem Hauptvorstand zu verhandeln und ihn als Vertreter der Holzarbeiter anzuerkennen. Sie erklärten damals, daß sie nur mit ihren Leuten an Orte verhandeln wollten. Heute denken die Arbeitgeber schon anders. Sie haben jetzt nicht nur mit den hiesigen Vertretern des Holzarbeiter-Verbandes, sondern auch mit dem Hauptvorstand verhandelt, und den Tarif abgeschlossen. Jetzt hat man auch eine Schlichtungskommission gebildet, die Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zu schlichten haben. Da diese Aufgabe früher der Gesellenausschuß zu erfüllen hatte, so ist auch hiermit wieder ein Stück zünftlerischer Herrlichkeit über Bord geworfen.

Sehr interessant ist es, einige Äußerungen der hiesigen bürgerlichen Presse, die diese während des Streiks über den selben gemacht hat, jetzt hervorzuheben. Wie wurde nicht im Winter in diesen Blättern über die angekommenen Streikbrecher und über die Gründung der Hirsch-Dunderschen Streikbrecherorganisation jubelt und frohlockt. Die „Lüb. Anz.“ schrieben in ihrer Nummer vom 13. Februar: „Die Streikenden sollten jetzt nur ruhig samt und sonders ihr Bündel schnüren und den Frieden im Tischlergewerbe in Lübeck nicht weiter durch ihr „göttliches Zureden“ stören; man erwartet sie in den Werkstätten sicher nicht.“ Und weiter, in der Nummer vom 19. Februar hieß es: „Es wird,

wie schon in voriger Woche mitgeteilt, glaubwürdig nachgewiesen, daß der Streit für die Meister jetzt vollständig gegenstandslos geworden ist. Wie verlogen diese Forderungen waren, erweist man am besten und deutlichsten aus dem Abschluß des jetzigen Vertrages. Hätte das Amtsblatt in seinen vorstehenden Ausführungen nur im Entferntesten recht gehabt, so hätte der Arbeitgeber niemals mit dem Holzarbeiter-Verband den jetzigen Vertrag abgeschlossen. Reineswegs aber hat das Amtsblatt mit seinem Geschreibsel den beabsichtigten Zweck, die Streitenden zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, erreicht. Es einseitig waren aber die Holzarbeiter nicht; sie ließen sich durch dieses Manöver in ihrem Kampfe nicht irre führen. Recht deutlich aber können die Arbeiter hieraus erkennen, welchen Selbstmord sie an ihren Interessen durch die Unterstützung der bürgerlichen Presse begehen.

Der nunmehr beendigte Kampf hat weiter gezeigt, daß die so einig und so geschlossene Organisation, wie sie die Holzarbeiter haben, selbst mit allen möglichen Mitteln nicht zu besiegen war. Wenn auch die Polizei in diesem Kampfe noch so sehr auf Seiten der Arbeitgeber gestanden hat, wenn sie auch die Streitenden mit Augensaugen überwachte, um sie bei passender Gelegenheit beim Krigen zu nehmen, so hat doch alles nichts genutzt, die Streitenden kämpften fest und entschlossen weiter. Auch selbst jene Aufsehen erregende Urteile, die namentlich in letzter Zeit seitens unserer Justiz gegen „Streikführer“ gefällt wurden, hat die Streitenden in ihrem Kampfe nicht wankend gemacht. Monatslange Gefängnisstrafen mußten und müssen sie noch über sich ergehen lassen. Es ist eben recht gefährlich in Lübeck, sich keine Interessen zu kämpfen. Trotz alledem haben die Streitenden ausgehalten; zwei Winter haben sie durchgemacht, und haben treu zusammen gehalten, bis der Erfolg auf ihrer Seite war. Einig treten sie jetzt vom Kampfe zurück, sie stehen heute noch ebenso geschlossen da, wie vor 1 1/2 Jahren, wie zu Beginn des Kampfes. Die Arbeitgeber werden nun wohl auf längere Zeit des Kampfes genug haben. Man kann wohl sagen: Es war ein langer Kampf, auf den hoffentlich ein langer Friede folgt. Die Holzarbeiter aber verdanken ihre Erfolge nur ihrer guten Organisation. Darum: Hoch die Organisation!

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 21. Mai.

**Achtung, Metallarbeiter!** Auf dem Sande Vergeworfer Eisenwerk, in Firma Carl Bergner, haben die Maschinenformer wegen Alfordpreisabzügen die Arbeit niedergelegt. Da die Differenzen voraussichtlich größeren Umfang annehmen werden, ist der Zugang nach dort fernzuhalten.

**Achtung, Holzarbeiter!** Zugang nach Mölln (Lauenburg) ist fernzuhalten.

**Travemünde.** Gesperrt für Bauarbeiter ist das Geschäft von Schermann.

**Zugang ist fernzuhalten von:** Holzarbeitern nach Kiel und Heide, Glasern nach Kiel, Wöttcher nach Kiel, Töpfereihilfsarbeitern nach Kiel, Maurern und Bauarbeitern nach Segeberg, Maurern und Zimmerern nach Flensburg, Kellinghusen und Püttgenhafen, Bauhilfsarbeitern nach Schleswig, Seeleuten nach Kiel, Schleswig, Rendsburg, Flensburg und Tönning.

**Pfingsten** ist in diesem Jahre vom Wetter nicht begünstigt worden. Die kalte Witterung, die durch häufige Regenschauer auch nicht gerade angenehmer wurde, hielt viele Leute von den sonst so beliebten Ausflügen ab. Dafür hatten die städtischen Wirtschaften jedoch zum Teil eine wirklich beängstigende Besucherzahl aufzuweisen. Das Wilhelmtheater war an beiden Pfingstfesttagen überfüllt. Die „Graphische Vedertafel“ machte einen Ausflug nach Hamburg, um an dem dort stattfindenden Norddeutschen Sängerbundesfest im Gewerkschaftshaus teilzunehmen. Die Darbietungen der Sänger fanden bei den Hamburger, Hannoverischen, Oldenburgischen usw. Buchdrucker reichen Beifall.

**Sonntagsruhe im Gewerbebetrieb der Barbier, Friseur (Friseur) und Perückenmacher** in der Stadt Lübeck. Unter Abänderung der Vorchrift unter e der Verordnung vom 1. April 1895, betreffend die Sonntagsruhe im Gewerbebetrieb, verordnet das Polizeiamt auf Grund der §§ 105 b und 11 b der Reichsgewerbeordnung, daß am 2. Weibnachts-, Oster- und Pfingstfesttage im Gewerbe der Barbier, Friseur (einschließlich der Friseur) und Perückenmacher eine Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern und überhaupt ein Gewerbebetrieb nur insoweit stattfinden darf, als dieses bei der Vorbereitung von Theateraufführungen und öffentlichen Schaustellungen erforderlich ist.

**Antifalch gewarnt** wird vor der Verwendung von antimonalhaltigem Gummi zu Umhüllungen und Schutzbedeckungen, in denen Nahrung und Genußmittel aufbewahrt werden. Als derartige Schutzbedeckungen kommen bei Flaschenverschlüssen die antimonalhaltigen Kautschukringe und -Scheiben in Betracht.

**Die Wasserwärme des Krähenteichs** betrug Sonnabend nachmittags 15 1/2 Grad Cels.

**Gerihtsfall.** Der Arbeiter L., der vom Schöffengericht wegen Betruges zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, legte gegen dieses Erkenntnis Berufung ein. L. hatte eine Leitung der Holzberufsgenossenschaft über 30 Mark auf 85,85 Mark gefälscht, durch dieselbe ein Darlehen bei einem Lehrer erhoben und dann trotzdem die 30 Mark auf der Post in Empfang genommen, sodaß der Geldgeber das Nachsehen hatte. In Anbetracht der vielen Vorstrafen, es sind deren nicht weniger als 35, verurteilte ihn die Strafkammer am Sonnabend zu vier Monaten Gefängnis. — Wegen versuchter Mordtötung war der Kaufmann S. zu 100 Mark Geldstrafe vom Schöffengericht verurteilt worden. S., der die Bestreitung der Justiz- und Detektivgesellschaft „Stella“ in Hannover am hiesigen Platze inne hatte — jetzt ist er Besitzer der Zweigstelle — hatte den Auftrag erhalten, von der Frau eines hiesigen Gewerbetreibenden 90 Mk. einzutreiben. Auf nicht sehr noble Art wurde die Frau zu ihm geladen und ihr dort von S. gedroht, daß ihr Name im Nichtbegleichungsfalle der Forderung in sämtlichen Zeitungen so bekannt gemacht würde, daß die Leute mit Fingern auf sie deuten würden. Schließlich erhielt auch der Gemann ein Schreiben; die Verhandlungen bei S., die stets im Schlafzimmer stattfanden, endeten ebenfalls mit der Drohung der Veröffentlichung. Zur Bekämpfung seines Vorsatzes wies der Kaufmann hanoversche Blätter vor. Die nicht sehr noble Handlungsweise des Angeklagten wurde von der Anklagebehörde scharf mißbilligt. Die Strafkammer setzte aber die Strafe auf nur 50 Mark oder 10 Tage Gefängnis fest.

**Schmivert wasserfest zu machen.** Es gibt eine Menge Schmivertmittel, wie Lederöl, Talg, Schmalz, Tran, Rizinusöl, die aber stets dem Leder eine mehr oder weniger schmierige Beschaffenheit geben und es nicht mehr „salonsfähig“ erschei-

nen lassen. Wir geben in nachfolgendem das Rezept zu einer Mischung, dem alle diese Nachteile nicht anhaften: Man löst fein geschneiteltes, weißes Paraffin, das ganz farblos (weiß durchscheinend) ist, in gewöhnlichem Benzol in einer fest verschlossenen, weithalsigen Flasche. Beide Stoffe sind in Drogerien billig zu haben. Die Lösung, die ganz gesättigt sein muß, geht bei Zimmerwärme (15 bis 16 Grad R.) leicht von selbst vor sich. Man bestreicht damit, ebenfalls im warmen Zimmer, das Oberleder und die Sohlenmaße des Schuhwerks (jedoch nur bei Tag, wegen der Feuergefährlichkeit beider Stoffe). Das Benzol dringt sehr schnell ein und trocknet rasch, so daß man sogleich die Manipulation wiederholen kann, bis das Leder keine Flüssigkeit mehr aufnimmt.

**Schwankende Gesundheit.** Die Gesundheitsverhältnisse haben sich beim Eintritt des Monats Mai in der Mehrzahl der deutschen Städte wieder gebessert. Fast überall ist die Sterblichkeit etwas gesunken. In einzelnen Städten ist sie wieder unter 10 auf 1000 Einwohner und auf das Jahr zurückgegangen, so in Koblenz auf 5,6 und in dem wegen seiner Gesundheit berühmten Schöneberg auf 9,7. Auch in Berlin betrug sie nur noch 13,7. Im übrigen betrug die Sterblichkeit von den Städten mit mindestens 70 000 Einwohnern in München 15,7, Altona 21,0, Augsburg 19,9, Barmen 15,4, Berlin —, Benth —, Bielefeld 14,8, Bochum 16,8, Bonn 15,8, Borken —, Brandenburg —, Braunschweig 17,2, Bremen 19,3, Breslau 24,6, Cassel —, Charlottenburg 10,6, Chemnitz —, Cöln —, Greifeld —, Danzig 18,3, Darmstadt 17,4, Dessau —, Dortmund 17,9, Dresden 14,6, Deutsch-Wilmersdorf 12,7, Duisburg 15,4, Düsseldorf 17,5, Elberfeld 17,0, Elbing —, Erfurt 16,2, Gießen 16,1, Hensburg —, Frankfurt a. M. 15,9, Frankfurt a. S. —, Freiburg i. B. 23,3, Fürth —, Gelsenkirchen 16,7, M. Gladbach —, Gleiwitz —, Görlitz 16,0, Gera —, Hagen 12,2, Halle a. S. 15,2, Hamborn 15,2, Hamburg 16,7, Hannover 21,8, Harburg —, Heidelberg —, Kassel 14,7, Kaiserslautern —, Karlsruhe 15,3, Kiel 11,6, Koblenz —, Köln 17,0, Königsberg i. P. 20,1, Königshütte —, Krefeld 16,3, Leizig 15,7, Lichtenberg —, Liegnitz —, Linden —, Ludwigshafen 24,8, Lübeck 14,9, Mülheim a. d. R. 11,2, Magdeburg 15,5, Mainz 19,5, Mannheim 16,4, Meß —, Mülhausen i. G. 18,4, Mülheim a. R. —, München 19,1, Münster 11,6, Nürnberg 18,2, Oberhausen —, Offenbach —, Esenbrück —, Pforzheim —, Plauen i. B. 17,9, Posen 20,0, Potsdam —, Remscheid —, Riedorf 11,1, Rottorf —, Schöneberg —, Solingen —, Spandau 12,3, Stettin 18,0, Straßburg i. G. 15,3, Stuttgart 19,4, Ulm —, Wiesbaden 14,7, Worms —, Würzburg 20,3, Zabrze — und Zwickau —.

**Wilhelmtheater.** Man schreibt uns: Bei vollem Hause und unter höchstem Jubel der im Pannone des spanischen Stalles stehenden Zuschauer ging die sensationelle Komödie „Der Erbe von Bastardville“ an den beiden Feiertagen in Szene. Dieser außerordentliche, die vorjährigen „Zerkof Holmies“-Auführungen noch überbietende Erfolg, entbeht die Direktion für lange Zeit aller Revertorborgen. Mittwoch und Donnerstag wird das hochinteressante Stück wiederholt. Als nächste Neuheit gelangt „Studienliebe“ von Koettiger zur Ausführung. Das Lustspiel, welches vor kurzer Zeit am Thalia-Theater in Hamburg die Erstaufführung erlebte, beherrscht noch jetzt den Spielplan dieser Mutterbühne. Die gesamte Hamburger Presse konstatierte mit seltener Gemühtigkeit den hervorragenden Erfolg und rühmt die erfrischende Natürlichkeit, das harmlose heitere Wesen des Lustspiels, das wohl berufen ist, seinen Weg über die Bühnen

**Bedingungen des Bürgerrechts** sind folgende:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
  - 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
  - 3) Melde-Papier.
  - 4) Namenskarte. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist, eventuell bei Gewerbetreibenden oder selbstständigen Handwerkern.)
  - 5) Gewerbe-Anmeldekarte.
  - 6) Innungsmitgliedschein.
- Ist der Antragsteller verheiratet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:
- 7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.
  - 8) Geburtschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältlich Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

**Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des Lübeckischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich Steuern bezahlt hat.**

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktag in der Zeit von 9—1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

### Parteiengenossen! Erwerbt das Bürgerrecht!

**Schwanzan.** Unglücksfall. Ein trauriger Unglücksfall ereignete sich am 1. Pfingstfesttag gegen 10 Uhr morgens in der Gutinerstraße. Zwei Radfahrer fuhren zusammen und fielen von Rade; ein Fräulein Geerh aus Gleichendorf fiel leider so unglücklich unter einen mit Ausflüglern besetzten Kremser, daß sie vom Hinterende über die Brust gefahren wurde. Die Verletzungen scheinen recht erheblicher Natur gewesen zu sein, da die Verunglückte nachmittags gegen 3 Uhr mit dem Sanitätswagen dem Lübecker Krankenhaus zugeführt werden mußte.

**Hamburg.** Prozeß der Witwe des ermordeten Zahnarztes Claussen gegen den Eisenbahnfiskus. Wie früher bereits mitgeteilt, hat die Witwe des in einem Zuge der Altona-Blankenburger Bahn von dem Gärtnergehilfen Rüdiger ermordeten Zahnarztes Claussen durch den Rechtsanwalt Nidels eine Entschädigungsklage angestrengt. In der Klagebegründung wird ausgeführt, daß die Eisenbahnverwaltung die Ausführung des Wurdess dadurch indirekt verschuldet habe, daß sie Wagen benutzte, die nicht genügend Sicherheit für das Leben der Passagiere bieten. Wäre der in Frage kommende Wagen ein Durchgangswagen gewesen, so hätte der Mord nicht ausgeführt werden können. Der Eisenbahnfiskus hätte des-

halb den durch den Mord erwachsenen Schaden zu tragen vorläufig werden nur 3000 Mk. Entschädigung gefordert. Am Donnerstag fand in der Sache Termin vor dem Landgericht statt. Das Urteil soll am nächsten Donnerstag gefällt werden. Das wird aber kein endgültiges sein, denn die Entscheidung wird doch erst beim Reichsgericht fallen. Wenn die Klägerin Recht bekommen, so wird das für die Eisenbahn von einschneidender Bedeutung sein.

**Hamburg.** Genosse Gustav Waberky hat Sonnabend mittag nach Verblüzung seiner zweimonatigen Gefängnisstrafe wegen angeblicher Majestätsbeleidigung das Gefängnis II in Fußstübeln verlassen und ist wohlbehalten in die hauseigentliche Freiheit zurückgekehrt, der er nunmehr hoffentlich recht lange erhalten bleiben wird.

**Hamburg.** Der Raubmörder verhaftet? Unter dem dringenden Verdacht, den Mord an dem Steuermann Wartmann aus Hamburg ausgeführt zu haben, wurde am Donnerstag Nachmittag am kleinen Stadtmarsch in Magdeburg der auf dem Oberländer Kettenampfer Nr. 21 bedienstete Bootsmann Lorenz aus Rogätz von zwei Kriminalschutzleuten verhaftet und in Untersuchungshaft abgeführt. Wegen L., auf den die Polizei schon einmal in derselben Sache gefahndet hatte, liegt eine Reihe neuer Verdachtsmomente vor. Als besonders gravierend wird angesehen, daß L. an dem Mordtage zwar abends 9 Uhr nach Rogätz gefahren, aber mit dem letzten Zuge von dort gegen 12 Uhr wieder in Magdeburg angelangt und dann zur Ausführung der Tat geschritten sein soll, um am anderen Morgen wieder zu verschwinden. Der Verhaftete, der von seiner Frau getrennt lebt, auch kein eigentlicher Schiffer ist, erhebt sich nicht des besten Leumunds. Die Stellung auf dem Kettenampfer hat Lorenz ungefähr drei Tage, nachdem Wartmann ermordet worden war, angetreten. Die Polizei ist der festen Ueberzeugung, daß als Täter kein anderer als dieser Lorenz in Frage kommen kann. Die Untersuchung wird vorläufig noch sehr die, es geführt. — Zur Lohnbewegung der Schiffer und Maschinenisten bei der Vereinigten Elbschiffahrts-Gesellschaft, Oesterreichischen Nordweit-Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Die sämtlichen Steuerleute und Maschinenisten obiger Gesellschaft haben zum 1. Juni ihre Kündigung eingereicht. Es kommen im ganzen etwa neunzig Mann in Betracht. Die Leute verlangen einen Wochenlohn von 36 Mk., Beseitigung der Prozentfahrt und Zahlung eines Überstundenlohnes von 60 Pfg. pro Stunde. Sollte die Gesellschaft die Forderung der Schiffer und Maschinenisten nicht bewilligen, schließen sich auch die Deckleute und Heizer an. Es kommen dann im ganzen etwa 120 Mann in Betracht. Der geforderte Lohn wird von den meisten Hamburger Schiffahrtsgesellschaften schon längst bezahlt.

**Altona.** Selbstmord beging der in der Volketsfrage wohnende Arbeiter Dils, indem er am Nachmittage des Pfingstmontags aus dem Fenster seiner in der dritten Etage belegenen Wohnung auf die Straße sprang, wo er mit zerstückelten Gliedern bestunnenlos liegen blieb. Er starb bereits wenige Minuten darauf; die Leiche wurde in die städtische Leichenhalle gebracht. Das Motiv soll in Arbeitslosigkeit zu suchen sein.

**Kiel.** Lumpen. Ein deutscher Dampfer brachte 200 Arbeitswillige aus England, die in den umliegenden Ortschaften einquartiert wurden, um im Bedarfsfalle anstelle der streikenden Arbeiter den Reedereien zuzuführen zu werden.

**Flensburg.** Bei der Verhandlung des Gewerbegerichts in der Klage der Maurer-Zinnung gegen die hiesige Zahlstelle des Maurerverbandes wegen Vertragsbruchs hat sich das Gewerbegericht für unzuständig erklärt. Die Zinnung zog darauf die Klage zurück.

**Westerland.** Die Malergehilfen von Westerland a. S. sind am 15. Mai in den Streit eingetreten, weil bis zu dem festgesetzten Zeitpunkt die Meister kein annehmbares Entgegenkommen zeigten. In der Hoffnung, daß sie nach Pfingsten genügend Arbeitskräfte bekommen, sind sie in ihrem Hochmut derartig bestärkt, daß man jede Verhandlung mit der Organisation ablehnt. Es werden durch Anzeigen mit den weitgehendsten Verprechungen Malergehilfen nach hier gesucht. Wir verweisen darauf, daß die hiesige Gehilfenschaft unter Beibehaltung der 10stündigen Arbeitszeit eine Erhöhung des Stundenlohnes von 55 auf 60 Pfg. fordert. Es wird hiermit an das Solidaritätsgefühl der Kollegen appelliert und erjuchen wir den Zugang von Malergehilfen nach Westerland fern zu halten.

**Hadersleben.** Verbotene Schülerverbindungen unter den Jünglingen des Seminars in Hadersleben bestehende Verbindung, der alle Seminaristen angehörten, ist durch Schulrat Schlemmer aus Schleswig aufgehoben worden. Die beiden Leiter wurden entlassen, zwei Seminaristen sind unter Zurücksetzung um ein halbes Jahr strafverurteilt.

## Handels- und Markt Nachrichten.

### Getreidepreise.

Lübeck, 18. Mai.

Weizen, 127—132 Pfd. holl. 199—204 Mk. Roggen 118—123 Pfd. holl. 190—195 Mk. Hafer nach Qualität 189—194 Mk. hochfein über Notiz. Gerste, nach Qualität 175—180 per 1000 Kilo.

### Lübecker Marktpreise vom 18. Mai.

Bauern-Butter Pfd. 1,10—1,15 Mk., Meier-Butter Pfd. — 1,25 Mk., Hasen — Mk., Enten — Mk., Gühner 2—2,80 Mk., Ruten Stk. — Mk., Lauben Stk. 0,55 bis 0,60 Mk., Gänse Pfd. — Mk., Fliedgans — Mk., Schweinskopf Pfd. 0,45 Mk., Schinken Pfd. 0,95—1,05 Mk., Wurst Pfd. 1,20—1,20 Mk., Eier 9 Stk. 60 Pfg., Karpfen Pfd. 1,00 Mk., Geränd. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Karantischen Pfd. 80 Pfg., Gedrte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Mal Pfd. 0,80 Mk., Perlinge 2 10 Pfg., Dorische genüg., Wachsen Pfd. — Pfg., Gemüse genügend, Blumenkohl, d. Kopf 0,25—0,40 Mk., Apfel, verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Kirchen Pfd. — Pfg., Zwiebeln, hiesige, 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Kartoffeln, beste, 100 Pfd. 6,00 Mk., Kohl, 100 Pfd. 4,50 Mk., Süßwasserfische genügend. Kartoffeln pr. 10 Liter 60—80 Pfd.

### Sternschanz-Wichmarkt

18. Mai.

Der Schweinehandel verlief lebhaft. Zufgeführt wurden 2035 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verkaufsschweine schwere — 48 Mk., leichte 49—50 Mk., Sauen 38—43 Mk. und Ferkel 47—49 Mk. pro 100 Pfund.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

## Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

7. Distrikt. Mittwoch, den 22. ds., abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im „Vereinshaus“.

Sonntag nacht 1 Uhr entschlief sanft und ruhig nach kurzem schweren Leiden im 72. Lebensjahre unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater

### Friedrich Schütt.

Tief betrauert und schmerzlich vermisst von allen, die ihm nahe standen.

Otto Schütt u. Frau, Minna, geb. Schulte. Lübeck, Glockenstraße 25.  
Beerdigung Donnerstag 2 1/2 Uhr von der Kapelle Vorwerk.

Ein möbliertes Zimmer zu vermieten mit oder ohne Pension an junges Mädchen (Engelsgrube 25, II.)

### Kutscher

für Petroleumgeschäft gegen Lohn und Provision gesucht.

Ausführliche Offerten mit Lebenslauf unter B S 15 an die Exped. d. Bl.

Gelucht zu sofort ein Junge beim Petroleumwagen Lauerhoffstraße 4, BURGTOR.

Billig zu verkaufen 1 1/2 schlägige Westfale mit Seegrasmatratze, eine fast neue Wurst- hack- und Stopfmachine, passend für Privat- leute Friedenstraße 65, I.

Kräftige Kohl- und Selleriepflanzen, sowie eine große Partie **Ferkel**

hat zu verkaufen H. Lange, Mori.

Wer nimmt ein 1 1/4 Jahr altes Kind in Pflege? Näheres Meierstraße 43, II.

für Hausstandslampen 4 Pfg. per Pfund aufwärts, für Eisen und Metalle zahlte höchste Preise. Bitte Postkarte.

Waisenhoffstraße 25.

Empfehle prima

### Magn. bonum Kartoffeln

Faß- und Sachweise.

H. Ahrens, Drögestraße 11.

Vereinigte Butterhändler von Lübeck und Umgegend.

Allerfeinste Meiereibutter kostet Pfund 1,25 Mark.

## Misch-Kaffee

gutschmeckend und kräftig

Pfund 60, 80, 90 u. 100 Pfg.

### H. Bülck

Kaffee- und Teehandlung

Fernspr. 149. Breitestr. 54.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.

H. Schreiber, Breitestr. 24

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Gold- arbeiter, Finkenstraße 13

Uhrierer einsetzen 1.50 Mk.

Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.

1 Jahr Garantie.

Ernst Gentzen, Uhr- macher

Königsstraße 62, b. d. Gärtnerei.

## Bilder aus Lübecks Vergangenheit

Von Theodor Schwarz.

Preis: Broschiert Mk. 4.—, in Leinwand gebd. Mk. 5.—, oder in 20 Lieferungen à 20 Pfg.

Friedr. Meyer & Co.

Buchhandlung und Buchdruckerei.

Johannisstraße 50.

# Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei — Buchhandlung

Johannisstraße 46 □ LÜBECK □ Fernspr.: Nr. 926

### Anfertigung

von

Plakaten

Broschüren

Flugblättern

Statuten

Mitgliedskarten

Eintrittskarten

Programmen

Festliedern.

### Herstellung sämtlicher

■ Buchdruckerarbeiten ■

in ein- u. mehrfarbigem Druck

Für Massenaufgaben: Rotationsdruck.

Solide Preise. — Prompte Lieferung.

□ □

Verlag des Lübecker Volksboten

### Anfertigung

von

Briefbogen

Kouverts

Rechnungen

Quittungen

Mitteilungen

Adresskarten

Zirkularen

Visitenkarten.

## Konsumverein für Lübeck und Umgegend.

(G. G. m. b. H.)

### An unsere Mitglieder!

Wir nehmen Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß nicht, wie noch vielfach irriger Weise angenommen wird, der Geschäftsanteil gleich beim Eintritt voll eingezahlt zu werden braucht, sondern schon die Einzahlung von 50 Pfg. Eintrittsgeld zum Wareneinkauf be- rechtigt.

Die Einzahlung auf den Geschäftsanteil steht ganz im Belieben der Mitglieder und kann in Raten von 25 Pfg. erfolgen.

Wir bitten deshalb unsere Mitglieder, besonders die des BURGTORES, ihre Bücher, soweit noch nicht geschehen, in den ihnen zunächst gelegenen Verkaufsstellen abzufordern und durch regen Einkauf denselben den Verein kräftigst zu fördern.

Der Vorstand.

Morgen nachmittag von 3—5 Uhr:

Größeren Posten

Schnauzen und Pfoten

das Pfund 15 Pfg.

Ochsenmarkknochen sowie Abfall-Fleisch

das Pfund 10 Pfg.

Leicht gepökelte Rippen

das Pfd. 30 Pfg.

Verkauf nur in der Fabrik Beim Rethteich 14.

August Scheere.

Thüringer Wurst- u. Fleischkonservenfabrik.

## Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt



### Meggendorfer-Blätter

München 22 Zeitschrift für Humor und Kunst

2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probe- nummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 41

Kein Besucher der Stadt München

sollte es veräumen, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 41 III befindliche, äußerst interessante Aus- stellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

## Erklärung.

Es ist uns bekannt geworden, daß seitens verschiedener Abonnenten versucht wird, Abonnenten unserer illustrierten Familienzeitschrift dadurch zur Aufgabe des Abonnements zu veranlassen, daß unsere Zeitschrift herabgewürdigt wurde. In man- chen Fällen ist es den Abonnenten sammlern auch gelungen, unsere Abonnenten zur Auf- gabe des Abonnements zu bewegen. Wir stellen hierdurch fest, daß es sich bei den er- wähnten Abonnenten sammlern um frühere Vertreter unserer Zeitschrift handelt und daß es sich bei den ausgetretenen Äußerungen um unwahre Angaben handelt und daß wir jeden unserer Abonnenten und Interessenten bitten, derartige etwa erneut auftretende Manipulationen uns sofort zu melden.

Leipzig, den 15. Mai 1907.

Verlag der illustrierten Familienzeitschrift

„Nach der Arbeit“.

Haupt-Vertrieb: Otto Kath, Lübeck,

Altstraße 27.

## Achtung Maurer!

### Mitglieder- Versammlung

am Mittwoch, 22. Mai,

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52

Tages-Ordnung:

1. Innere Verbandsangelegenheit.
2. Sommervergütung.
3. Beschlüßfassung über die Abgabe der Bibliothek.
4. Verschiedenes.

Der Vorstand

## Achtung Bauarbeiter!

### Bandelegierten-Sitzung

am Mittwoch, den 22. Mai,

abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstraße 46-52.

Der Vorstand.

## Achtung!

### Radfahrer-Verein „Planet“, Fadenburg.

Diejenigen Mitglieder, die am Saal fahren teilnehmen wollen, mögen sich am Mittwoch, den 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Vereins- lokal einfinden.

Der Vorstand.

## Wilhelm-Theater.

Mittwoch: 11. Abonnements-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Sensationellste Neuheit!

### Der Erbe von Baskerville.

Ein Sherlock Holmes-Geliebter in 4 Akten

nach Conan Doyles Detektivroman:

### Der Hund von Baskerville.

Frei bearbeitet von Fred Gibson.

Donnerstag: Dieselbe Vorstellung.

## Friedensschalmeien und Konfliktpolitik.

Italienische und englische Minister haben sich in den letzten Tagen wiederum über die internationale Lage geäußert. Der italienische Minister Tittoni legt in einer großen Rede die Grundzüge der internationalen italienischen Politik dar. Er verbreitete sich über Italiens Verhältnis zu dem Dreibund und den übrigen Mächten. Er erörterte auch die Frage der Haager Konferenz, die Abrüstungsfrage und das ablehnende Verhalten Deutschlands und Österreich-Ungarns dazu. Tittoni erklärte, daß Italien von den Gefühlen aufrichtiger Freundschaft für England und Frankreich beseelt sei, daß es herzliche Beziehungen zu allen Mächten unterhalte, dabei aber in unerlöschlicher Treue zum Dreibund stehe. Voll freudiger Genugtuung habe Italien den Fürsten Bülow als Gast in Rapallo begrüßt; mit nicht minder Freude habe es Eduard VII. in Gaeta empfangen. Nun werde aller Voraussicht nach auch Freiherr v. Aehrenthal als Vertreter Österreich-Ungarns Italien besuchen, um die Beziehungen seines Landes zu bekräftigen. So unterhalte Italien zu allen Nationen die besten Beziehungen.

Die Erörterung der Abrüstungsfrage auf der Haager Konferenz solle nach den Absichten der englischen Regierung alle Reibungen ausschließen. Diese Abrüstungsdebatte sei nur eine von England aufgenommene Abrüstungsdebatte der russischen Regierung. Sei es möglich, irgend eine befriedigende Formel in der Abrüstungsfrage zu finden, so werde Italien ihr seine Zustimmung nicht verweigern. Deutschland und Österreich hielten eine erspriechliche Abrüstungsdebatte heute nicht für möglich, sie zögen es deshalb vor, sich daran nicht zu beteiligen. Italien seinerseits halte es für besser, sich von der Diskussion nicht auszuschließen.

Nach alledem ist es nur unverständlich, wie es möglich war, daß die deutsche offiziöse Presse die Zusammenkunft Bülows und Tittonis in Rapallo als einen Erfolg der deutschen Politik England gegenüber ansprachen konnte! Zweifellos hat auch Tittoni in Rapallo aus den italienischen Absichten, sich an der Abrüstungsdebatte zu beteiligen, kein Hehl gemacht. Die deutsche offiziöse Presse aber stellt es so dar, als ob Fürst Bülow in Rapallo Italien zu der Auffassung Deutschlands und Österreich-Ungarns bekehrt habe. Einzig diese erstaunlich irrtümliche Berichterstattung der offiziellen deutschen Presse verschuldete es, daß wenige Tage später, bei dem Besuche des englischen Königs in Italien, die deutsche Regierungspresse Eduard VII. einer Durchkreuzung der Bülow'schen Absichten zeihen und eine geradezu tobstichtige Hege gegen England, in zweiter Linie aber auch gegen Frankreich und Italien inszenieren konnte! Fürst Bülow hätte durch eine rechtzeitige Information über den wirklichen Stand der Dinge diesen ganzen chauvinistischen Tobstichtsanfall verhüten können. Er tat es nicht. Die einzige Erklärung dafür bietet nur die Annahme, daß der Regierung selbst die chauvinistische Erhöhung äußerst angenehm war, um im Reichstag die ihr genehme Hurra-Stimmung zu erzeugen. Sedenfalls eine ganz eigenartige Haltung der deutschen Regierung!

Auch der englische Minister Haldane hielt in einer liberalen Versammlung eine überaus beschwichtigende Rede.

Er glaubte mit Befriedigung feststellen zu können, daß nicht nur die freundschaftlichen Beziehungen Großbritanniens zu Frankreich und Rußland im Wachstums begriffen seien, sondern er stellte auch eine Besserung der Beziehungen zwischen England und Deutschland in Aussicht. Er glaube, daß diese Beziehungen schon gute seien, bestehe doch kein Gegensatz zwischen beiden Ländern außer dem rechtmäßigen Gegensatz der Handelskonkurrenz. Es gäbe aber eine Klasse von Journalisten, die es für angezeigt halte, jeden kleinen Zwischenfall aufzubauschen und es gäbe viele nervöse Leute in Großbritannien und Deutschland, die glaubten, daß die beiden Völker übereinander herfallen wollten. Derselben Journalisten, die heute England gegen Deutschland aufhetzen, hätten während der Dreyfus-Affäre Großbritannien zur Hege gegen Frankreich getrieben. Er jedoch hoffe, daß die Politik der Verständigung fortgeschritten werde.

Man sieht, ein englischer Minister scheut sich nicht, einen kräftigen Kaltwasserstrahl gegen die Chauvinistenpresse seines Landes zu entsenden. Fürst Bülow jedoch bewahrte auch seine „historische“ Haltung, die Hände pomadig in die Hosentaschen zu stecken, als die gesamte deutsche Ordnungspresse von einem wahren Taumel der chauvinistischen Hege befallen wurde!

So beruhigend diese Ministererklärungen sind, so ist doch zu berücksichtigen, daß solche Friedensschalmeien so lange wirkungslos sind, als die Nationen mit ihren Rüstungen, namentlich dem Flottenwettstreifen und einer forcierten Kolonialpolitik fortfahren. Gerade Deutschland hätte die Möglichkeit, durch eine vernünftige Handelspolitik dem von unserer Kolonialpresse als Schreckgespenst an die Wand gemalten englischen Imperialismus den Wind aus den Segeln zu nehmen. Durch ein Aufgeben seiner Hochschutzzollpolitik könnte es das beste Einvernehmen mit England herbeiführen. Statt dessen treibt man das freihändlerische England durch diese Schutzzollpolitik dem Imperialismus gewaltsam immer mehr in die Arme. Die unserlosen Flottenrüstungen und die phantastische Kolonialpolitik tun dann das ihre, um die Gegensätze künstlich zu verschärfen. Eine solche sinnlose Politik muß mit Naturnotwendigkeit eine Lage schaffen, die nicht nur durch marinepolitische und kolonialpolitische Riesenausgaben zum Bankrott der deutschen Finanzpolitik führt, sondern darüber hinaus auch zu internationalen Konflikten der verhängnisvollsten Art!

## Die Pensionsversicherung der Privatangestellten.

Im Oktober 1903 veranstalteten eine Anzahl Vereine kaufmännischer und technischer Angestellter eine Umfrage über die wirtschaftlichen und familiären Verhältnisse der Berufsgenossen. Das dadurch zu gewinnende Material sollte die Unterlage bilden zur Herbeiführung einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebenenversicherung. Auf verschiedene Anregung im Reichstage hin hatte es das Reichsamt des Innern übernommen, die beantworteten Fragebogen statistisch zu bearbeiten und zusammenzustellen. Das ist geschehen und jetzt — 3½ Jahre nach Aufnahme der Erhebung — liegt das aus 154 843 brauchbar ausgefüllten Fragebogen ermittelte statistische Material in einer Denkschrift der Regierung vor.

Das Erscheinen der amtlichen Denkschrift über die Verhältnisse der Privatangestellten hat in unverkennbarer Weise zur Neubelebung der Erörterungen über die Frage der Alters- und Invalidenversicherung sowie der Witwen- und Waisensfürsorge beigetragen. Naturgemäß beschäftigt sich die Diskussion zunächst mit der Kritik der Denkschrift. Diese Kritik gilt vor allem dem Ergebnis der Ermittlungen über die Einkommensverhältnisse der Angestellten, das von allen Seiten lebhaften Widerspruch gefunden hat. Das „Handlungsgehilfen-Blatt“, das Organ des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, hat nachgewiesen, daß das in der Denkschrift angegebene Durchschnittseinkommen von 2064,51 Mk. für die männlichen und 1135,88 Mk. für die weiblichen Angestellten viel zu hoch gegriffen ist. Dieser Meinung pflichteten auch die anderen Verbände kaufmännischer und technischer Angestellter bei, soweit sie überhaupt dazu Stellung nehmen. Im übrigen ist die Kritik, die die Denkschrift gefunden hat, im allgemeinen ziemlich oberflächlich und gedankenarm. Die meisten Verbandszeitungen beschränken sich in der Hauptsache darauf, an den Rechnungsgrundlagen zu rütteln, die sich die Denkschrift bei der Ermittlung der Beitragsätze zur Richtschnur genommen hat.

Auf das Wesentlichste an der ganzen Denkschrift sind die Kritiker aber nicht gestoßen. Die Absicht der Regierung, bei der Pensionsversicherung — wenn sie überhaupt eine solche schaffen will — nur die obere Schicht der kaufmännischen und technischen Angestellten zu berücksichtigen, das Gros aber auszuschließen, hat außer dem „Handlungsgehilfen-Blatt“ keines der Fachorgane bemerkt.

Nachdem die Regierung ihre Absicht hat durchblicken lassen, eine etwaige besondere Pensionsversicherung nur auf die Oberschicht der Angestellten auszudehnen, kann es eigentlich eine Frage, ob eine besondere Pensionsversicherung oder der Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes anzustreben ist, nicht mehr geben. Wird für die obere Schicht der Angestellten: die Prokuristen, Bureauchefs usw., eine besondere Versicherung geschaffen, dann ist es sicher, daß damit der Mehrzahl der Angestellten auf Jahrzehnte hinaus die Aussicht für eine bessere Fürsorge genommen ist. Das Gros der Angestellten würde dann auch weiterhin mit den kärglichen Leistungen des jetzigen Invalidenversicherungsgesetzes fühllos nehmen müssen. Um die Gefahr einer solchen einseitigen Bevorzugung der oberen Schicht der Angestellten unter gleichzeitiger Hintanzetzung der Mehrzahl zu beseitigen, muß statt einer besonderen Pensionsversicherung der Ausbau des jetzigen Invalidenversicherungsgesetzes durch höhere Beitragsklassen und höhere Leistungen erstrebt werden. Auf diese Weise können alle Kategorien der kaufmännischen und technischen Angestellten gleichmäßig berücksichtigt werden.

Eine besondere Pensionsversicherung empfiehlt sich aber auch dann nicht, wenn sie für alle Angehörigen des Berufes geschaffen werden sollte. Die wirtschaftliche Entwicklung bringt eine immer weitgehendere Arbeitsteilung mit sich. Durch diese Arbeitsteilung wird die Grenze zwischen kaufmännischen Angestellten und gewerblichen Arbeitern immer mehr verwischt, ebenso wie die zwischen technischen Angestellten und Arbeitern. Diese Entwicklung wird zweifellos weitergehen, immer weitere Kreise geraten in Gefahr, bei der Art ihrer — durch die fortschreitende Arbeitsteilung bedingte — Tätigkeit als gewerbliche Arbeiter betrachtet zu werden. Sie würden dann natürlich der Vorteile einer etwa zu schaffenden Pensionsversicherung nicht teilhaftig werden, sondern sich mit dem Invalidenversicherungsgesetz bescheiden müssen. Die wirtschaftliche Entwicklung verlangt also, daß nicht

## Der Holzhändler.

Roman von Max Kreger.

26. Fortsetzung. Nachdruck verboten.  
Er scheint Haare auf den Zähnen zu haben,“ dachte die Händlerin. Dulters lachte aus Verlegenheit mit. Trotzdem er diesen Spott etwas anmaßend fand, kämpfte er vergeblich gegen die Ursprünglichkeit Passens. Nach einer Weile hatten sie zu beiden Seiten den Wald, dessen Stille nur durch das helle, eintönige Geläut der Schlittenglocken und durch die Munterkeit Ottis und Passens unterbrochen wurde. Allmählich laut auch Dulters auf. Die Natur zog ihn in ihren Bann und ersüßte sein Gemüt. Mit Behagen lag er in großen Zügen den kalten Duft der Kiefern ein. Seine Lungen dehnten und weiteten sich, und der Naturmensch in ihm erwachte, der plötzlich wieder Sehnsucht nach den großen Wäldern des Ostens empfand. Berlin mit seiner Überkultur lag hinter ihm, und nun ging er auf in der Stimmung der Einsamkeit, die ihn umgab. In den Bäumen sah er plötzlich seine besten Freunde, mit denen er stumme Zwiegespräche halten dürfte.

Weit hinter dem sogenannten Stern der Chaussee war man ausgeflogen, weil man das Bedürfnis empfunden hatte, den Weg nach Paulsborn durch den Wald zurückzulegen, während der Kutscher den Schlitten direkt auf das Ziel führen sollte. Der Wirbelwind hatte den Schnee in langen Strichen beiseite getrieben, und so war auch für die Damen das Gehen nicht besonders beschwerlich. Passen, der behauptete, hier „zu Hause“ zu sein, übernahm die Führung, und so schlenderte man gemütlich einen Gesträßweg entlang.

Dulters ging voran. Alle Augenblicke blieb er vor einer Kiefer stehen, klopfte mit dem Stock den Stamm und schien seine Höhe mit den Augen messen zu wollen. Sein Herz ging ihm auf, so daß er die Händlerin in ein belehrendes Gespräch darüber zog, trotzdem er früher bei einer ähnlichen Wanderung erklärt hatte, sie läse den Wald vor lauter Bäumen nicht. Als hätte er Sachverständige um sich, so sprach und erklärte er. Ein Weibchen hörten auch Otti und Passen zu, dann aber führten sie ihr Gespräch für sich. Allmählich blieben sie zurück, so daß die Händlerin Dulters einzige Zuhörerin war. Inmitten der Kiefern stand eine ein-

same Eiche. „Wie alt schätzen Sie den Baum, Fräulein?“ fragte er einmal.

Die Händlerin zuckte die Achseln und erwiderte, daß, wenn er es nicht wisse, sie es schon gar nicht sagen könne. Ihre Gedanken waren wo anders. Fortwährend dachte sie an die beiden hinter sich, deren Lachen verstummt war, und die sich, ihrer Meinung nach, ganz etwas Besonderes erzählen mußten. Sie ahnte, was es sei. Wenn zwei junge Leute plötzlich ernst wurden, dann spielten die Herzen dabei eine Rolle. Sie mußte, daß Otti es ihr nie verzeihen würde, wenn sie sich wieder zu ihnen gesellte, und so würgte sie lieber die trockenen Belehrungen Dulters' herunter, der sich ein Vergnügen daraus machte, über ihre Unkenntnis zu lachen. Schließlich wurde er ärgerlich und blieb stehen, um auf Otti und Passen zu warten. „Et, wie sich das verträumt hat,“ sagte er wichtig, als er die beiden so weit zurück erblickte. Bedeutungslos prüft er seine vor sich hin. Dann winkte er Otti ungeduldig zu. „Aber wo bleibst du denn, Rindchen!“ Zugleich nahm er sich vor, diesem wichtigen Gedenks, der jedenfalls dabei war, seiner Tochter den Kopf zu verdrehen, gegen den Strich zu marschieren. Das geschah wohl am besten, wenn man ihn gehörig auf's Glatteis führte.

„Nun, Sie angehender Herr von Humboldt, Sie interessiert wohl die Natur auch nicht viel, sobald Gras und Blumen verwelkt sind,“ rief er ihm spöttisch zu, als das Rädchen näher gekommen war. „Bis auf die Blume an ihrer Seite,“ hätte er hinzusetzen mögen.

„O doch, Verehrtester, ich genieße nur still,“ gab Passen gut aufgelegt zurück.

„Das habe ich gemerkt,“ hätte Dulters wieder einwenden mögen, wenn auch in anderer Bedeutung. So aber sagte er laut: „Hübsch von Ihnen, dann werden Sie mir auch sagen können, was ein Kiefernwald ist?“

„Gewiß, Verehrtester. Ein Kiefernwald ist eine große Familie, in der ein Mitglied das andere beschützt und nur dann aus der Art schlägt, sobald es losgerissen wird von seiner Familie und verloren und verlassen dem Sturm preisgegeben ist. Sie müssen nämlich wissen, — wie es mit dem Menschen ist, so ist es auch mit den Bäumen. . . Natürlich haben Sie etwas ganz anderes von mir erwartet. Sie glauben, ich würde sagen, so ein Wald sei nur zum Abhacken da. Nicht wahr?“ Er lachte lustig auf, jedoch Otti fröhlich mit-

einstimmte und auch die Händlerin davon angestekt wurde.

Dulters' blickte groß auf: aus seinem Anflug zum Lächeln sprach die Verlegenheit des Augenblicks. „So, — was Sie sagen“, brachte er nur hervor.

„Ja, es ist so, und nicht anders,“ beteuerte Herr Dulters, begann Passen wieder. „Ich werde Ihnen das sogleich noch deutlicher erklären. Es ist nicht bloßer Zufall, daß diese Kiefern hier alle so hübsch gerade und schlank gewachsen sind. Das liegt eben daran, weil sie ziemlich dicht nebeneinander stehen und zu gleicher Zeit in die Höhe geschossen sind. Dem Sturm wird die Kraft genommen, und so schützt ein Stamm den andern. Im Gegensatz zu den Bäumen, die einzeln und allein aufgewachsen sind und von allen Seiten dem Sturm preisgegeben sind. Die gehen natürlich verkrüppelt aus. Drüben auf den Bergen an der Havel finden Sie solche Musterexemplare. Die Natur hat alles sehr weise eingerichtet, — viel weiser, als wir Menschen es uns manchmal träumen lassen.“

Dulters nickte nur und blickte ihn erwartungsvoll an.

„Nun werden Sie auch mein Gleichnis besser verstehen“, fuhr Passen fort. „Ist's nicht in einer Familie gerade ebenso? Sobald die Kinder hübsch zusammen bleiben im Hause, gedeihen Sie in der Regel und machen den Eltern Freude. Ich meine natürlich eine Familie, in der die Erziehung gleichbedeutend ist mit der guten Kultur im Walde. Wird aber ein dieser Kinder der Familie entzogen, verliert es ihren Schutz, so kann es durch den Sturm des Lebens ebenso entarten, wie die einsame Kiefer durch den Sturm der Natur verkrüppelt wird. Die Hauptsache ist immer der Boden, auf dem alles gedeiht. . . Hoffentlich denken Sie nun etwas milder über mich, denn täusche ich mich nicht, so hielten Sie mich bisher in solchen Dingen für einen Dummkopf.“

Dulters lachte diesmal breit auf. „Nicht ganz, Herr von Passen“, sagte er dann. „Als zukünftiger Botaniker müssen Sie ja die Bäume kennen. Aber die Art und Weise, wie Sie die Natur in großen Zügen auffassen, gefällt mir und imponiert mir. Das deckt sich völlig mit meinen Empfindungen und Erfahrungen. Der Wald zum Beispiel ist uns manches Rätsel auf.“

„Auch verbirgt auch manches Geheimnis“, fiel von Passen ein.

eine besondere Pensionsversicherung geschaffen, sondern daß das jetzige Invalidenversicherungsgesetz ausgebaut wird.

Zu berücksichtigen ist auch, daß nicht selten kaufmännische und technische Angestellte ihren Beruf wechseln, in Berufe übergehen, auf die sich die zu schaffende Pensionsversicherung nicht erstrecken würde. Umgekehrt ergreifen auch oft Personen den Beruf eines kaufmännischen Angestellten, die bisher als gewerbliche Arbeiter tätig waren. Für diese Personen würde die Schaffung einer besonderen Pensionsversicherung durchaus nachteilig sein. Es empfiehlt sich daher auch in dieser Hinsicht der Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes und nicht die Schaffung von besonderen Einrichtungen.

Der Hauptgrund, den die Befürworter einer besonderen Pensionsversicherung für die Anschauung geltend machen, ist der: Wir wollen den Angestellten die Pensionsberechtigung zuerkennen wissen, wenn sie für ihren Beruf erwerbsunfähig sind. Die Frage, ob die Angestellten unter Umständen in anderen Berufen tätig sein könnten, soll ausbleiben — mit einem Worte, die Befürworter einer besonderen Pensionsversicherung wollen den Begriff „Berufsinvalidität“ eingeführt wissen. Schön! Nun sagt das jetzige Invalidenversicherungsgesetz, daß die Versicherten unterstützungsberechtigt sind, die nicht mehr im Stande sind, durch ihre Kräfte und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihnen unter billiger Berücksichtigung ihrer Ausbildung und ihres bisherigen Berufes zugemutet werden kann, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen der selben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Wenn die Befürworter der Zugrundelegung des Begriffes der „Berufsinvalidität“ auch nur ein klein wenig nachdenken würden, so müßten sie sich sagen, daß die Fassung des jetzigen Invalidenversicherungsgesetzes gerade für die besser gestellten Handlungsgehilfen — wegen deren sie doch die Berufsinvalidität wollen — günstiger und vernünftiger ist, als ihr eigener Wunsch. Nehmen wir als Beispiel den kaufmännischen Leiter eines großen Betriebes, so ist er nach dem ehrlich auszulegenden Wortlaute dieser Gesetzesbestimmung unterstützungsberechtigt, wenn er eine solche Tätigkeit, die „seiner Kräfte und Fähigkeiten und unter Berücksichtigung seiner Ausbildung“ entspricht, nicht mehr entfalten kann. Wollte man statt dessen nur die Berufsinvalidität gelten lassen, so würde der Geschäftsleiter erst dann unterstützungsberechtigt sein, wenn er überhaupt keinen kaufmännischen Arbeiten mehr genügen könnte. Nun gibt es aber im Handelsgewerbe infolge der Arbeitsteilung so einfache Posten für kaufmännische Angestellte, daß sie kaum noch bescheidenerer Natur sein können. Alle kaufmännischen Vereine erkennen an, daß eine große Anzahl kaufmännischer Stellungen fast nur noch mechanische Dienstleistungen erfordert, um so unverständlicher ist die Forderung, der Pensionsversicherung den Begriff „Berufsinvalidität“ zu grunde zu legen. Das hätte doch nur Sinn, wenn der Beruf der kaufmännischen Angestellten sich von anderen scharf abgrenzen und in seiner Gesamtheit über anderen stehen würde. Die Arbeitsteilung im kaufmännischen Berufe aber hat diese Grenzen verwischt und Stellungen geschaffen, die geringere Anforderungen stellen, als die Tätigkeit manches gewerblichen Arbeiters. Ja, nicht gar so selten ist der Fall zu verzeichnen, daß invalide gewerbliche Arbeiter Stellungen ergreifen — z. B. als Stadtreisende usw. — die sie als kaufmännische Angestellte qualifizieren. Bei ruhiger Überlegung der Dinge kann die Forderung, der Pensionsversicherung den Begriff „Berufsinvalidität“ zu grunde zu legen, nicht als genügende Lösung angesehen werden. Die wirtschaftliche Entwicklung ist eben stärker, als es dem — Standesdünkel lieb ist. Was verlangt werden muß, ist eine ehrliche und rücksichtsvolle Auslegung der im jetzigen Invalidenversicherungsgesetze niedergelegten Erklärung des Begriffes „Erwerbsunfähigkeit“.

Die Regierung ist in der Denkschrift von der Meinung ausgegangen, daß die Leitfäden des „Hauptausschusses zur Herbeiführung einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung der Privatangestellten“ die einmütigen Wünsche der kaufmännischen und technischen

Bereine darstellen. Darin hat sich die Regierung aber geirrt. Die Leitfäden des Hauptausschusses haben nie die Wünsche der Mehrheit der Gehilfenschaft verkörpert. Wenn von den kaufmännischen Vereinen außer dem gewerkschaftlichen Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands und dem Verein für Handlungskommiss 1858 sich kein anderer offen für den Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes erklärte, wenn sie alle für eine besondere Pensionsversicherung waren, so geschah dies nicht immer aus innerer Überzeugung. Solange mit der Möglichkeit gerechnet werden mußte, daß die Regierung vielleicht doch eine besondere Pensionsversicherung schaffen werde, wollte man sich nicht auf das Gegenteil festlegen, man ließ sich von der Bewegung für eine besondere Pensionsversicherung mitreißen, so daß nach außen hin ganz falsche Ansichten über die wahre Meinung der Angestellten erweckt wurden.

Die technischen Angestellten sind fast ausnahmslos gegen eine besondere Pensionsversicherung und für den Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes. Das ist erklärlich, weil die Grenze zwischen diesen Angestellten und den gewerblichen Arbeitern fast noch verschwommener ist als bei den kaufmännischen Angestellten.

Während der letzten Jahre hat vielfach Unklarheit über die Lösung der Versicherungsfrage geherrscht, aber heute bewegen sich zahlreiche Verbände wieder in der Marschroute: „Nicht besondere Pensionsversicherung, sondern Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes.“ Die Regierung beschäftigt sich seit längerer Zeit mit der Umgestaltung der Vereinheitlichung des Kranken-, des Unfall- und des Invalidenversicherungsgesetzes. Es muß danach gestrebt werden, daß hierbei alle Berufe berücksichtigt und keine vergessen werden. Hinsichtlich des Ausbaues des Invalidenversicherungsgesetzes ist zu fordern:

- Ausdehnung des Versicherungszwanges auf alle Angestellten;
- höhere Leistungen in den jetzigen Lohn- und Beitragsklassen;
- Schaffung höherer Klassen;
- Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente;
- Gewährung des Rechts der Weiterversicherung für Angestellte, die aus einer versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheiden;
- Witwen- und Waisenfürsorge;
- Gewähr für rücksichtsvolle Auslegung des Gesetzes durch das Recht der Selbstverwaltung an den Versicherungsinstitutionen.

Das ist die Lösung für die Zukunft!

## Bedeutung der Berufs- und Betriebszählung.

Am 12. Juni dieses Jahres wird im Deutschen Reich eine allgemeine Berufs- und Betriebszählung stattfinden. Sie soll die gesamte Bevölkerung nach dem Beruf erfassen und weiter alle landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe aufnehmen, in denen sich die Bevölkerung betätigt. Die Zählung beruht auf dem Reichsgesetz vom 25. März d. J., das eine allgemeine Auskunftspflicht hinsichtlich der Gegenstände der Befragung begründet. Die Durchführung der Zählung wird voraussichtlich nicht weniger als 4500 000 Mark kosten. Die Gemeindebehörden werden mit Hilfe von rund 300 000 Zählern die unmittelbare Ausführung übernehmen. Die statistischen Ämter des Reichs und der Bundesstaaten werden sich in die Verarbeitung des gewaltigen Zählungsmaterials teilen. Aus den vielen Millionen von Antworten, die die Bevölkerung geben wird, soll schließlich das große Werk der Berufs- und Betriebsstatistik entstehen, das vom reichsstatistischen Amt zu veröffentlichen ist. Der erste Teil wird die berufliche und soziale Gliederung, der zweite die Landwirtschaft und der dritte Handel und Gewerbe im Deutschen Reich behandeln. Das Ganze wird in Text und Tabellen etwa 25 Bände umfassen.

Die Berufsstatistik schildert die Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Berufe und, in so weit die Stellung im Berufe sich begründet, auch die soziale Schichtung. Die Interessen der Bevölkerung sind beruflich und sozial gegliedert. Deshalb ist es von großer Bedeutung, den Bevölkerungszustand der einzelnen Berufe nach seiner Stärke kennen zu lernen, zu beobachten, wie er wächst oder zurückgeht, welche Altersklassen in den einzelnen Berufen vertreten sind, wie viele Berufsangehörige ledig und verheiratet sind, wie viele Familienangehörige sie haben, und weiterhin, wie sich die Angehörigen jedes Berufs nach sozialen Schichten (Selbständigen, Angestellten, Arbeitern usw.) scheiden. Auch die Religion bleibt nicht unbeachtet. Dies alles ermöglicht es, ein genaues Bild von der Zusammensetzung und sozialen Schichtung der einzelnen Berufe zu geben. Gesetzgebung und Verwaltung können deshalb mit bestimmten Größen rechnen, wenn sie Maßnahmen ergreifen, die auf die beruflichen und sozialen Interessen einwirken. Dadurch, daß die Veränderungen von einer Zählung zur anderen beobachtet werden, lassen sich auch Schlüsse auf die Wirkungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie auf die allgemeine Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft ziehen.

Die land- und forstwirtschaftliche Betriebsstatistik liefert die wichtigsten Angaben, die zur Beurteilung von Land- und Forstwirtschaft dienen. Sie beschäftigt sich mit den Betriebsinhabern und deren persönlichen Verhältnissen, noch mehr aber mit den Betrieben selbst. Die Betriebe werden nach ihrer Größe unterschieden, um den Grundbesitz, die Bauernwirtschaften, den Klein- und Zwergebesitz kennen zu lernen. Ferner wird ermittelt, wieviel von der Fläche Eigentum, wieviel Pachtung ist, und wozu der Boden benutzt wird, ob zum Ackerbau oder zu Wiesen, Weiden usw. Auch die Weinberge und die Forsten werden genau verzeichnet, und schließlich wird noch klargestellt, welcher Teil des Bodens als Ob- oder Unland einer Kultur nicht unterliegt. Beim Ackerland wird insbesondere angegeben, womit es bestellt ist, ob mit Körnerfrüchten der verschiedensten Art, mit Kartoffeln, Zuckerrüben usw. Für alle Erörterungen über und für alle Maßnahmen in bezug auf die Landwirtschaft, deren Besitzverhältnisse, den Getreidebau und den Anbau von anderen Früchten usw. werden dadurch wichtige Grundlagen geschaffen.

Besondere Aufmerksamkeit verlangt die Arbeiterfrage auf dem Lande. Das Personal der Landwirtschaft wird deshalb nach Zahl und Beschaffenheit genau aufgenommen, was früher nicht geschehen war. Selbstverständlich wird auch der Viehstand festgestellt, namentlich an Tieren, die der menschlichen Fleischnahrung dienen. Wegen der Bedeutung der Geflügelzucht wird zugleich dem Geflügel näher nachgegangen. In die Betriebsweise der Landwirtschaft werden die Nachweise über deren Maschinenbenutzung Einblick gewährt. Schließlich kommen noch einzelne wichtige Nebengewerbe der Landwirtschaft, wie Zuckerfabriken, Brennereien, Brauereien, Mühlen usw., zur Darstellung.

Handel und Gewerbe werden ebenfalls eingehend aufgenommen. Auch hier werden die Gewerbetreibenden selbst und ihre Betriebe festgestellt. Bei letzteren kommt es vor allem darauf an, ob es Handelsgeschäfte sind und worauf sich der Handel erstreckt, oder ob es Handwerks- oder Fabrikbetriebe sind und was sie herstellen. Die Ladengeschäfte werden besonders ersichtlich gemacht, um den Kleinhandel überblicken zu können. Die Ausdehnung der Heimarbeit in den einzelnen Gewerben, deren Verhältnisse neuerdings viel erörtert sind, findet eingehende Berücksichtigung. Große Aufmerksamkeit wird dem gewerblichen Personal gewidmet, das aus mannigfaltigen, kaufmännischen, technischen, künstlerischen und gewerblichen Berufen zusammengesetzt ist. Die Kraft- und Arbeitsmaschinen, die hier noch mehr als in der Landwirtschaft die Betriebe nach ihrer Größe und Produktionskraft kennzeichnen, werden genau erhoben und zur Darstellung gebracht werden. Vermutlich werden alle diese Feststellungen wiederum große Fortschritte von Handel und Gewerbe erkennen lassen und gleichzeitig neues Licht auf die verschiedensten handels- und gewerbepolitischen Fragen werfen.

Die Berufs- und Betriebszählung 1907 bedeutet eine Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Kräfte im Deutschen

Sie waren weitergegangen. Dulters blieb wieder mit einem Aukt stehen. „Wie meinen Sie das?“ fragte er mit einem Seitenblick.

„Lächelte nur. „Aber das ist doch ganz natürlich, Berechneter. Das Rätselhafte und Geheimnisvolle fließen ineinander, — wie beim Menschen, so auch in der Natur. Weshalb nicht auch in einem Walde? . . . Sie dachten wohl wieder an die Waldgeschichte?“

Dulters gab eine ausweichende Antwort. Sein Schreck wich, als er die harmlose Miene Passens beobachtete, und sofort sagte er sich wieder, daß seine Unvorsichtigkeit ihm immer aufs neue unnütze Gemütsaufregung verschaffe. Was hatte er auch nötig gehabt, diese überflüssige Frage zu stellen, wodurch der Sinn der Unterhaltung ein anderer werden mußte. „Du bist und bleibst immer der alte Tor“, sagte er sich in Gedanken, „dem das böse Gewissen doch nur einen Pösschen spielt.“

Es dauerte nicht lange, und er erschien Otti wie umgewandelt in seinem Verhalten zu Passen, so daß herzige Freude in ihr sich regte. Beide Männer hatten in ihrer Liebe zur Natur die Berührungspunkte gefunden, die sie in ihren Gefühlen näher brachte. Passen zeigte plötzlich Interesse für alles, was Dulters sagte — über das Leben der Bäume, über ihre Säfte, die er ihre „Seele“ nannte, über alle die hundertartigen Dinge in der Natur, die er unter freiem Himmel studiert hatte und die ihm weit fort von seinem Berufe als Händler führten. Es war ihm, als hätte er in diesem jungen Manne einen Schatz entdeckt, dessen Hälfte ihm gehöre und den er nun für sich in Anspruch nehmen müsse. Sie gingen nebeneinander und führten fast allein die Unterhaltung, der denn auch die Hänfling aufmerksam zuhörte. Denn durch Passens Beteiligung daran erschien ihr nun der ganze Stoff lozungwürdiger, weniger trocken, als zuvor.

Die Mittagsstunde hatte die grauen Schneewolken durchlichtet, und ihre Strahlen trieben nun ihr Spiel durch das Immergrün der Kiefern hindurch und erwärmten mit ihren hellen Flecken das Rot der Stämme und die Stellen des Bodens, die sich frei vom Schnee zeigten. Der Nebeldunst, der noch vor kurzem in der Ferne zwischen den Stämmen hing, hatte sich zerteilt, und nun durfte sich der Blick weiten und sich betauschen an der Fülle des Lichts, die den Wald durchschloß, den Schnee am Boden und den Reif auf den Zweigen in tausend Punkten erspähen ließ. Der Winter-

zauber herrschte, dessen majestätische Ruhe nur durch das leise Knirschen des Schnees unter den Füßen der Bier unterbrochen wurde, denn nun sprachen sie kein Wort, labten sich an den Strahlen der Sonne, atmeten die reine, abgeklärte Luft und suchten für den Schönheitstrunkenen Blick immer aufs neue Ruhepunkte im Kreise um sich her. Sie waren allein im Walde. Der Luftzug trug das dumpfe Brausen der Eisenbahn herüber, das mit einem verhaltenen Pfiff verstummte. Dann erklang ganz in der Ferne, wie Singen, das helle Läuten der Schlittenglocken, ohne daß man wissen konnte, woher es käme. Karl mußte irgendwo da hinten auf unsichtbarem Fahrwege das Gespann vorbeileiten. Ein Stachfächer hufte über den Schnee und kletterte im Ringelauf den Stamm einer mächtigen Kiefer hinauf, so daß man nur zeitweilig den brennend roten Schweiß leuchten sah. Eine einsame Krähe ließ ihr Krächzen vernehmen und verlor sich dann mit dunklem Flügel Schlag über den Gipfeln der Bäume.

Sie kamen bei einer Schonung junger Eichen vorüber, die kreisrund durch ein Drahtgitter eingeschlossen war. In den weiten, schneefreien Blättern am Boden hatte etwas geräuselt. Passen schloß auf ein Wiesel. Er blieb stehen und beobachtete eine Weile, dann sagte er belehrend zu den Damen: „Eine derartige Schonung im Walde nennt man ein Nest. In diesem Falle also ein Eichenest. Hoffentlich kennen Sie das auch, Herr Dulters.“

Otti lachte vergnügt. „Es wird Sie vielleicht interessieren, Herr Passen, daß unser Landhaus im Rosenschen so heißt.“

„Dann natürlich muß Ihr Herr Papa die Bezeichnung Eichenest um so besser kennen,“ gab Passen lächelnd zurück. „Jedenfalls ist es molliger als dieses hier, das im wintertlicherer Trostlosigkeit starr.“

Sie könnten uns ja einmal im Sommer die Ehre erweisen, Herr von Passen,“ sagte Otti wieder, wie ermunternd. Und in einem Atem fügte sie hinzu: „Ich hätte wirklich Lust, Bäterchen, — einmal dorthin. Dime also dein Herz und gib meiner Sehnsucht die Flügel. . . . Sie müssen nämlich wissen, daß unsere Burg für mich seit vielen Jahren verschlossen ist. Meine Mutter starb dort, und deshalb knüpfen sich für meinen Vater trübe Erinnerungen daran.“

„So ist es,“ warf Dulters kurz ein und marschierte wieder voran. „Er heute sich, den Blick nach rückwärts zu wenden; um so mehr aber spitzte er die Ohren, innerlich von

Wut erfüllt. Müßten sie gerade an so einem Ding vorüber kommen, das dieselbe Bezeichnung trug, wie sein Eigentum im Osten. Dann hörte er den Begleiter wieder sagen:

„Hoffentlich, gnädiges Fräulein, ist in ihrem schönen Eichenest nicht mal was Ähnliches passiert, wie in einem von diesen Nestern.“

Während Otti eine neugierige Frage stellte, hielt Dulters den Atem an und bannte jäh den Schritt. Gleichgültig blickte er in die Höhe, dabei die dumpfen Schläge seines Herzens spürend. Was wird nun kommen? Vielleicht wieder eine jener entsetzlichen Anspielungen, die ihm auch in diesem Menschen einen Wissenben verraten sollten?

„Es ist eine sehr traurige Geschichte, die besser unerwähnt bleibt,“ jühr Passen fort.

„Aber ich bitte darum.“

„Vor anderthalb Jahren erschloß sich ein Freund von mir in so einem Eichenest. Es liegt drüben — jenseits der Bahn. Es war noch mitten im Sommer und alles prangte im schönsten Grün. In einer Monatscheinacht troch er da hinein, schon verfolgt vom halben Wald. Er befürchtete nämlich irrsinnig zu werden, da er erblich belastet war. Ausschlaggebend war jedenfalls eine unglückliche Liebe.“

„Erschossen hat er sich?“ kam es tonlos über Ottis Lippen.

„Ja. Man fand noch den Revolver in seiner Hand.“

Mit kurzen Schritten ging Dulters wieder voran. Seine Phantasie arbeitete mächtig. Spielte hier der Zufall eine wunderbare Rolle, der Ereignisse geschaffen hatte, die äußerlich große Berührungspunkte hatten oder war das alles nur erfunden, um sein Verhalten dabei zu beobachten und ihn zu irgend einer Bemerkung herauszufordern? Wenn es nur Zufall war, dann war eine höhere Bestimmung dabei im Spiel, die fortwährend ihre dunklen Mächte über ihn spannt, um seine Seele immer aufs neue zu martern und sein Gewissen unheimlich wach zu halten. Wieder war es das unerklärliche Mißtrauen gegen Passen, das aufs neue Nahrung in ihm fand und ihn warnend zur Vorsicht mahnte.

Eine beengende Pause trat ein, dann sagte Otti wie seufzend: „Aber, Sie haben recht, — so etwas ist in unserm Eichenest doch noch nicht passiert. Nicht wahr, Bäterchen.“

(Fortsetzung folgt.)

Ein Jahr Gefängnis um ein paar Strümpfe. Das Kriegsgericht Nürnberg verhängte ein fürchterliches Urteil über einen Soldaten vom 21. Infanterie-Regiment in Jährig, gegen den es wegen eines kleinen Diebstahls zu verhandeln hatte. Der Mann hatte keine Strümpfe mehr und brauchte solche sehr notwendig, da er eine größere Marschübung mitmachen sollte. Da er auch kein Geld hatte, um sich die nötigen Fußbekleidungsstücke zu kaufen, öffnete er mit einem falschen Schlüssel den Koffer eines besserstuitierten Kameraden und entnahm daraus ein Paar der dringender begehrten Strümpfe. Da er schon einmal wegen eines geringfügigen Diebstahls vorbestraft ist, verurteilte ihn das Kriegsgericht als "rückfälligen Dieb" zu 1 Jahr Gefängnis!

Die gerechteste Strafe für eine menschliche Verge. Der Führer eines dänischen Segelschiffes wurde im Jahre 1903 von einem schottischen Gericht wegen Mißhandlung von zwei Schiffsknechten zu 60 Tagen Gefängnis verurteilt. Der dänische Konsul berichtete hierüber an den Minister des Auswärtigen Amtes und dieser veranlaßte die Einleitung eines Verfahrens gegen den Schiffsführer. Das Gericht in Spandborg entzog dem Kapitän die Berechtigung zur Ausübung seines Gewerbes. Dieses Erkenntnis wurde vom Obergericht und vom Höchstgericht bestätigt. — Wir sind in diesem Falle gezwungen, voll Leid und Stolz zugleich auf eine fremde fortgeschrittene Nation zu blicken, die uns in ihrer Justiz im unserem rückständigen Preußen-Deutschland um verschiedene Mensurungen voraus ist. Bei uns in Deutschland gehören solche Menschenkinder zu den "Blüten der Nation", sie werden als die nützlichsten Elemente der Menschheit förmlich vergöttert. Wenn es so eine Welt wirklich einmal zu toll treibt und ihren Richter findet, dann fehlt es eine Strafe, die man lieber eine Prämie auf die Menschenkinder nennen möchte. Schwingt sich wirklich einmal ein Seemann dazu auf, einem zu ständigen und schmerzten Gewalttätigkeiten neigenden Vorgesetzten das Patent zu entziehen, um ihn so unschädlich zu machen, flugs kommt eine höhere Instanz her und hebt das Urteil der Vorinstanz wieder auf, weil ein durch fortgesetzte Mißhandlungen provozierter Selbstmord eines Schiffsmannes nicht als ein Secunfall bezeichnet werden könne. Mit stolz erhobener Haupt kehrt dann der strafrechtlich mit Glacehandschuhen zart berührte Menschenkinder an die Stätten seines früheren Wirkens zurück und schweigelt und mißhandelt seine ihm untergebenen Mitmenschen ungestört weiter. In Dänemark macht man eine solche Welt einfach unwirksam. Man unterstellt uns nicht, daß wir etwa dem Stande der deutschen Vorgesetzten an Vord Achtung und Respekt verlagern. Wir fordern nur, daß dieser Stand von bestialisch veranlagten Elementen gesäubert werde. Das kann aber nur geschehen, wenn ihnen die Möglichkeit zur weiteren Ausübung ihres Gewerbes genommen wird. Von diesem Standpunkte sind auch wohl die dänischen Gerichte ausgegangen. Sie haben damit ein lobenswertes Beispiel gegeben. Wir wünschen nur, daß deutsche Gerichte diesem Beispiel folgen würden. Es läge wirklich im Interesse des Ansehens unserer Justiz.

Freigesprochene Würdigen. Vor den Geschworenen in Wien stand am Sonnabend die Diakonin Lucia Jsa Lorenz, genannt Schwester Jsa, wegen Mordversuchs, weil sie aus Liebe zu ihrer Freundin deren geschiedenen Gatten, einen Bahnbeamten, zu erschließen versuchte, um die Freundin von dem Beiniger zu befreien. Trotz ihres offenen Schuldbeskenntnisses wurde die Angeklagte von den Geschworenen einstimmig freigesprochen. Die Psychiater hatten sie als eine Person bezeichnet, die der Drang zum Mordtötum und zur Aufopferung zu ihrer Tat angetrieben habe. Das dichtgefüllte Auditorium brach bei dem Urteil in stürmische Bravo rufe aus.

Wie entsteht der Schlaf?

Von Dr. Dieze.

Leute von einst verglichen jenen Vorgang des Lebens organischer Wesen, den wir Schlaf nennen, gern mit dem Tode. Er bildet indes nur die scharfe Trennungsgrenze zwischen Entstehen und Vergehen, wo sich Stoff und Geist von einander scheiden, und hilft den gewaltigen Umwandlungsprozeß der Materien vollziehen. Der materielle Aufbau der Organismen stellt sich somit als der chemische Prozeß des Stoffwechsels dar, während die ideale Entwicklung der Körper nach den Gesetzen der Nervenreizung geschieht.

Die psychophysiologischen Erkenntnisse der Neuzeit sind es, welche uns der Lösung des Problems vom Wechsel des Wachseins und Schlafens näher gebracht haben. Die Alten standen bei der Erklärung des Schlafes schlechterdings vor einem Rätsel des Daseins, von Aristoteles bis Galen hat die Phantase mehr getan als die wissenschaftliche Forschung. Galen gab freiwillig zu, daß er nicht sagen könne, wodurch der Schlaf verursacht werde. So aufrichtig waren spätere Denker allerdings nicht. Allen Ernstes versuchte Johann Ziehl in seiner Doktorarbeit vom Jahre 1818 wissenschaftlich festzustellen, daß das Einschlafen infolge einer Explosion geschehe, indem sich positive und negative Elektrizität ausgleichen sollen. Hierin hatten die physiologischen Phantasten der Mediziner der alten Schule so ziemlich ihren Höhepunkt. Würde die in lateinischer Sprache abgefaßte Doktorarbeit nicht für die Geschichte interessant sein, für die Wissenschaft müßte sie als längst vergessen betrachtet werden. Denn sie übertrifft an Vernunftwidrigkeit selbst noch die etwa dreihundert Jahre früher aufgetauchte Hypothese des gelehrten Johannes Argenterius, wonach die Ursache des Schlafes lediglich auf die Abnahme der Eigenwärme zurückzuführen sei.

Solchen abenteuerlichen Vermutungen gegenüber hielt es der scharfsinnige Forscher W. Preyer nicht für unberechtigt, 1875 mit einer neuen Ansicht über die Ursache des Schlafes hervorzutreten, und in der Tat gilt dieselbe auch heute noch im wesentlichen als die richtige.

Aber der Schlaf, von welchem hier gesprochen werden soll, stellt nicht die pathologische Form der Hypnose, sondern einen physiologischen Vorgang dar, der durch seine reguläre Periodizität zum Bedürfnis, und zwar zum unerläßlichen Bedürfnis des Menschen wird, während die Hypnose mit künstlichen Mitteln hervorgerufen und wieder beseitigt werden kann. Kein nervenbegabtes Wesen kann leben, ohne zu schlafen, und der des Schlafes gewaltig beraubte Mensch wie der schlaflose Kranke erregen unser Mitleid auf tiefste, wenn sie vor uns erscheinen — ein Bild nervöser Erschöpfung —, zu schwach, ihre Pflichten zu erfüllen, eigentlich das zu tun, was man sich und anderen gegenüber schuldig ist.

In dieser Beziehung sagte mir neulich Dr. med. G. v. Bunge, ehemaliger Professor der physiologischen Chemie an der Universität Basel: "Der Schlaf gehört zu den wichtigsten Kapiteln der Hygiene; seine Ursache und sein Wesen noch gründlicher kennen zu lernen, sollte eine der ersten Aufgaben der Physiologie sein. Denn erst unter dieser Voraussetzung lassen sich Mittel und Wege finden, die Wohlthat eines gesunden, natürlichen Schlafes zum Gemeingut aller zu machen."

Vorgängen tragen die feilnehmigen Bahndienstherren, die den Streit vom Zaune gebrochen und die Ausperrung vorgenommen haben. Sie haben schon den Tod zweier fremder Arbeiter auf dem Gewissen — beide fielen beim Arbeitswilligendienst in den Bregel und ertranken; ihnen ist auch jetzt die Schuld an den Ausschreitungen zuzuschreiben. Die Polizei hat einige Ausgesperrte verhaftet, die aber bestreiten, an den Schlägereien beteiligt gewesen zu sein. Einen Arbeiter hat man schon freilassen müssen. Auffällig ist es, daß auch ein Arbeitswilliger festgenommen worden ist. Bei demselben hat man einen geladenen Revolver (R) und einen geschliffenen Dolch (D) gefunden. Also so ganz schuldlos können diese Leute nicht sein. Bemerkenswert ist es, daß man sie mit diesen scharfen Waffen ausgerüstet hat. Die bürgerliche Deklasse faßelt schon von einem Landfriedensbruch; sie möchte gern die beteiligten Arbeiter ins Zuchthaus bringen. Die Reeder erklären, an ein Nachgeben gar nicht zu denken. Sie wollen den Krieg bis zum bitteren Ende. Das Gewerbegericht ist schon vor anderthalb Wochen von den Ausgesperrten als Einigungsamt angerufen worden, doch bisher ist von irgend welchem Vorgehen des Vorsitzenden des Gewerbegerichts nichts bekannt geworden! Mehrere Arbeitgeber sind Stadträte. Ob auch das Gewerbegericht in ihren Machtbereich gehört, wird die allernächste Zeit lehren.

Ein reicher Dividendenregen ging, wie schon in einer Reihe von Jahren, so auch heuer wieder auf die Aktionäre der Continental-Gaoutchouc- und Gutta-Percha-Kompagnie in Hannover, im Volksmunde "Dividenden-ungeheuer" genannt, nieder. Bierzig Prozent Dividende sind zur Ausschüttung gelangt. Nach Extrabschreibungen im Betrage von 1143 000 verblieb noch ein Reingewinn von 2 956 455,41 M. Es ist also im letzten Geschäftsjahre aus den etwa 5000 beschäftigten Arbeitern und Beamten ein Mehrwert von vier Millionen Mark herausgeholt worden, das macht pro Kopf rund 800 M. Eine ganz respektable Leistung. Und das verfloßene Geschäftsjahr bildet keine Ausnahme. Hat doch das genannte Unternehmen seit dem Jahre 1879 nicht weniger als 925 Prozent Dividende verteilt können!

Die Mater in Straßburg i. E. wurden ausgeperrt, da sie bezüglich der Lohnsätze nicht in den von der Innung einseitig festgestellten Tarif einwilligten.

Scharfmacher-Meinfall. Eine glatte Abfuhr wurde dem Möbelfabrikanten und Kommerzienrat Julius Gläcker vor dem Darmstädter Gewerbegericht bereitet. Sie gewinnt an Bedeutung, weil in der Beurteilung des obigen auch eine solche des Arbeitgeberverbandes der Holzindustrie zu erblicken ist, was schon aus der Ablehnung jeglichen Vergleichs und dem Verlangen nach einer "prinzipiellen" Entscheidung hervorging. In Darmstadt beteiligten sich die Holzarbeiter prozentual am stärksten an der alljährlich stattfindenden Maifeier. Um nun diesmal dies zu verhindern, erließ der Vorstand des Arbeitgeber-Verbandes am 23. v. Mis. ein Schreiben an den Vorstand der Zahlstelle Darmstadt des Inhalts, "daß, wer am 1. Maifeiere, auf drei Tage ausgesperrt werde". Schrumm! Dem Vorstand blieb keine Zeit, in einer Mitgliederversammlung Stellung zu diesem Ullas zu nehmen, und er ließ denselben unbeantwortet. Als nun ein Schreiner der Firma Gläcker seine Maifeier hinter sich hatte und am 2. Mai wieder an seinen Arbeitsplatz zurückkehrte, wurde ihm bedeutet, daß er noch drei Tage zu "maifeiern" habe. Seinen Lohn, Kaution und Abgangspapiere verweigerte man ihm, doch gab man später seinen verdienten Lohn heraus und sagte ihm bezüglich der Papiere, er brauche ja nicht fortzugehen und solle weiterarbeiten. Das tat denn auch der Arbeiter vernünftigerweise, um aber in ebenso vernünftiger Weise die Firma auf Zahlung der drei "Ausperrungstage" zu verklagen. In der am Sonnabend stattgefundenen Verhandlung wurde nun die verlangte "prinzipielle" Entscheidung dahin gefällt, daß die Firma zu bezahlen sei, dem Kläger 12,75 M. für drei Tage auszuzahlen, weil ein Schreiben wie das obige so lange unverbindlich für die Gehlsten sei, als sie sich nicht dazu geäußert haben. Wohl habe dem Arbeitgeber das Recht zugestanden, den Arbeiter sofort ohne Kündigung zu entlassen, nicht aber, denselben drei Tage auszusperrern. Aus diesen Gründen wurde dem Antrage des Klägers stattgegeben und die Firma verurteilt, und zwar "prinzipiell".

Zu dem Mordversuch eines Arbeitswilligen, über den wir kurz berichtet, meldet unser Anhalter Parteiblatt weiter: Der Arbeiter Ludwig Höppner aus Nienburg ist im Kreiskrankenhaus der Schutzverletzung erlegen, die ihm der Streikbrechermordbube in der Sonnabendnacht beigebracht hat. Höppner hinterläßt eine junge Frau, die sich — um die Tragik des Unglücks noch zu erhöhen — in geeigneten Umständen befindet. Er wird als ein durchaus solider, ruhiger Arbeiter geschildert. Höppner war einer der bravsten unserer Parteigenossen, er gehörte sowohl der Parteiorganisation als auch dem Fabrikarbeiterverbande als Mitglied an. Alle Versuche, die Sache so darzustellen zu wollen, als ob die Streikbrecher in Notwehr gehandelt hätten, wird von einwandfreier Seite als purer Schwindel bezeichnet. Unwiderleglich steht fest, daß gerade die Streitenden all jenen Provokationen der Streikbrecher aus dem Wege gegangen sind. Die Streitenden mußten, was in der Luft lag, darum eingehen sie allem aus dem Wege. Die Bluttat charakterisiert sich immer mehr als ein schamloses Robelstverbrechen.

Immer neue Terrorismlustigen. Schon wieder fann das "Volksblatt für Bochum" eine Terrorismlustige abwürgen, die in der Presse des Ruhrreviers auftaucht. Es wurde behauptet, daß in Gerthe auf einem Bau 30 freigeorganierte Zimmerer die Arbeit eingestellt hätten, weil ihrem Verlangen auf Entlassung zweier christlich organisierter Zimmerer nicht entsprochen worden sei. In Wirklichkeit sind an dem fraglichen Bau nur sieben freigeorganierte Zimmerer beschäftigt gewesen, die allerdings, wie das ihr gutes Recht ist, die "Christlichen" zum Einschluß an den Zimmererverband friedlich aufforderten. Die Aufforderung blieb allerdings erfolglos. Später haben die sieben freigeorganierten die Arbeit niedergelegt, aber nicht, weil die "Christlichen" nicht dem Verbands beitreten wollten, sondern weil es an anderer Stelle lohnendere Beschäftigung bei früherer Arbeitszeit gab! Die Zentrumspresse, die die Lüge vom Terrorismlust der Freigeorganierten in Gerthe verbreitet, hätte eher Anlaß, sich einmal mit dem Terrorismlust zu befassen, der bei den Bauten der Firma Nollberg aus Mülheim-Kuhr auf der Zeche "Hannover" in Hordel geübt wird. Wer dort arbeiten will, muß christlich organisiert sein. Der Polier gehört selbst der Zentrumsorganisation an. Fragt ein Maurer nach Arbeit an, erhält er zur Antwort: Ich brauche noch 25 Maurer, jedoch wenn Sie hier arbeiten wollen, müssen Sie von W. Weise eine Bescheinigung bringen, daß Sie der "christlichen" Gewerkschaft angehören. Das ist natürlich kein Terrorismlust.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz. Bei der Gesamtneuerungs Wahl des Großen Rates im Kanton Luzern wurden 7 Sozialdemokraten gegen 6 bisherige gewählt, also ein neues Mandat gewonnen. — In Schür (Kanton Graubünden) ist unser Genosse Fritz Schauer, der auch auf den bürgerlichen Listen stand, in den Großen Rat (Landtag) gewählt worden.

Reich. Der Vergleich mit der Vergangenheit gestattet auch, Verlust und Gewinn der nationalen Volkswirtschaft festzustellen. Ebenso wie der Kaufmann seine Bücher führt, um sich Rechenschaft über seine geschäftliche Tätigkeit abzulegen, bedürfen Regierung und Volk der Statistik, um sich Klarheit über die Grundlagen und Erfolge der volkswirtschaftlichen Arbeit zu verschaffen.

Genossenschaftsbewegung.

Wie die Rabattparvereine Kunden werben, wird in dem Geschäftsbericht des Rabattparvereins München, G. B., über das Jahr 1906 folgendes mitgeteilt:

"Großartige Erfolge erzielten wir mit der Einführung der Prämienverlosung; diese übte eine ungeheure Zugkraft aus und veranlaßte das Publikum, mit großem Fleiß unsere Marken zu sammeln, um vor dem Ziehungsstermin noch in den Besitz eines Loses zu gelangen. Am 31. Dezember 1906 fand unter Leitung des königl. Justizrats Herrn Notar Hellmaier in unserem Sekretariat die Ziehung statt. Daran nahmen 14 858 außerordentliche Mitglieder teil. Für die diesjährige Verteilung sind 5000 M. in 828 Teilen vorgezogen.

Die Beteiligung an den Kollektivinsparaten vor Weihnachten brachte den Inserenten den gewünschten Erfolg; das Ansehen unseres Vereins wird durch derartige Veranstaltungen erheblich gefördert.

Im Verlage der Firma Schwabenthan erschien ein Rabattparvereinsabrechnung, das in 50 000 Exemplaren gratis verteilt wurde; als Einleitung enthält es einen aufklärenden Artikel, betitelt "Los von den Konsumvereinen", während die letzte Textseite eine Aufforderung, nicht in den Warenhäusern zu kaufen, brachte.

Sämtlichen Brautpaaren in München, deren Adressen wir dem "Vertonungsblatt" entnehmen, lassen wir jeweils ein Rabattparbuch nebst einem künstlerisch ausgestatteten Begleitfschreiben zugehen. Ferner erging an nahezu 3000 Vereine ein Rundschreiben mit der Aufforderung, ihre Mitglieder vereinsseitig zu veranlassen, unsere Marken zu sammeln und in ein gemeinsames Vereinsammelbuch, das wir beifügten, einzuliefern; es kamen schon viele solcher Blätter zur Einlieferung."

Dazu bemerkt die "Konsumgenossenschaftliche Rundschau": Unsere Genossenschaftsfreunde dürften aus diesen Kratitien der Rabattparvereine ersehen, wie dringend notwendig eine unausgesetzte genossenschaftliche Aufklärung der Konsumvereinsmitglieder ist.

Soziales und Parteileben.

Die 5. Generalversammlung des Transportarbeiter-Verbandes trat am 2. Freitag in Berlin im "Gewerkschaftshaus" zusammen. Nach einer feierlichen Begrüßung durch den Gesangsverein der Berliner Transportarbeiter eröffnete der Zentralvorsitzende Schumann in Berlin den Verbandstag. In seinen Begrüßungsworten wies Redner darauf hin, daß der diesmalige Verbandstag das 10jährige Jubiläum des Verbandes in sich schließt. Unter ganz eigenartigen Verhältnissen habe sich die Organisation aus einem Nichts zu einer achtunggebietenden Gewerkschaft entwickelt. Nach einer Schilderung der geschichtlichen Entwicklung der Handels- und Transportarbeiterorganisationen, der Schwierigkeiten bis zum Entstehen der Zentralorganisation wies Redner darauf hin, daß bei Gründung des Zentralverbandes vor 10 Jahren nur 23 Zahlstellen mit 3474 Mitgliedern vorhanden waren. Am Schlusse des verfloßenen Jahres betrug die Zahl der in 257 Zahlstellen organisierten Mitglieder 82 784. Nur wenige Wochen noch und die Zahl 100 000 sei erreicht. Und was habe die Organisation in diesen Jahren erreicht? Insgesamt seien in diesem letzten Zeitraum 1174 Lohnbewegungen in 5590 Betrieben mit 85 125 Mitgliedern geführt worden. Für 28 270 Kollegen sei eine Verkürzung der Arbeitszeit, für 67 896 seien Lohnverbesserungen im Betrage von durchschnittlich 10—12 Mill. M. pro Jahr zu verzeichnen. Die Arbeitszeitverkürzung habe z. B. im Vorjahre 8 Stunden pro Kollege und Woche betragen. Das seien großartige Erfolge, die den Verein sichern, daß unser Verband eine Klassenkampforganisation in des Wortes vollster Bedeutung sei. Mit der Mahnung, unermüdet weiter zu arbeiten, schloß Redner seine Ausführungen. Im Namen der Berliner Transportarbeiter begrüßte Werner, im Namen der Berliner Gewerkschaftskommission Genosse Ritter die Delegierten. Den Brudergruß der österreichischen Transportarbeiter überbrachten Menges und Oruska aus Wien. Nach weiteren Begrüßungsansprachen wurden die Wahlen verschiedener Kommissionen, sowie des Zentralsbüros vorgenommen. Anwesend sind 108 Delegierte, der Zentralvorstand, 10 Gauleiter, sowie mehrere Vertreter der übrigen Verbandkörperschaften. Ferner sind vertreten: die internationale Transportarbeiterföderation, der Eisenbahnerverband, Hafenarbeiterverband, Verband süddeutscher Eisenbahner, Seemannsverband, Handlungsgehilfenverband, Generalkommission, Lagerhalterverband und Berliner Gewerkschaftskommission. Die Tagesordnung wurde wie folgt festgesetzt: 1. Berichte. 2. Unsere Jugendorganisation. Referent Zimmer-Breslau. 3. Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine". Referent Stellung-Lübeck. 4. Tarif-Verträge und ihre Bedeutung. Referent Zimmer-Berlin. 5. Der Zusammenschluß der Transportarbeiter Deutschlands und unsere Stellung dazu. 6. Anträge. 7. Wahl der Verbandsleitung und des nächsten Tagungsortes. 8. Wahl der Delegierten zum internationalen Arbeiterkongreß in Stuttgart, zum internationalen Transportarbeiterkongreß in Wien und zum 6. Gewerkschaftskongreß. Nachdem der Vorsitzende in warmen Worten das Andenken unseres unvergeßlichen Ignaz Auer, sowie zweier verdienstvoller Beamten des Verbandes gedacht und die Delegierten sich zu Ehren derselben von ihren Plätzen erhoben hatten, erfolgte Schluß der Vormittags-Sitzung.

Verbandstag der Döyfer. Über "Agitation und Organisation" referierte Donnerstag Veier-Dresden. Redner gab praktische Winke für die Betreibung der Agitation. In der Debatte wurde von vielen Seiten die Anstellung besoldeter Gauleiter gefordert. Über diesbezügliche Anträge soll später beraten werden. Nachmittags fiel die Sitzung aus, damit die Delegierten die Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt besichtigen konnten.

Von der Sajeuarbeiterausperrung in Königsberg. Über angeblich grobe Ausschreitungen der Königsberger ausgesperrten Hafnarbeiter gegen Arbeitswillige weiß die Reederpresse Schauer Geschichten zu verbreiten. Es heißt, das 50 bis 60 Ausgesperrte auf einige Arbeitswillige in der brutalsten Weise eingegangen hätten. Tatsache ist, daß einige dieser nützlichen Elemente Prügel bekommen haben, was entschieden zu mißbilligen, aber zu verstehen ist. Die Arbeitswilligen wurden über die wahren Zustände im Hafen aufgeklärt, aber trotzdem arbeitete ein Teil weiter und schädigte in ungemein schwerer Weise die Ausgesperrten. Diese haben eben kein Fischblut und können sehr wohl in Erregung geraten, wenn sie sehen, wie diese Leute sich dazu ergeben, ihre Organisation zu vernichten. Aber die Hauptschuld an diesen bedauerlichen

